

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 44.

Sonnabend, den 2. November 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Erfurt: Werkplätz Walter u. Hartmann. Jena:
Konradus. Dresden: Brückenbau, die Firmen Dyckerhoff und
Widmann sowie Holzmann u. Komp. Schmalkalden: Stein-
bruch Peter.

Berlin II. Der Marmorarbeiterstreik dauert fort.

Königs-Lutter. Die hiesigen Kollegen stehen schon seit Wochen
im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Königsbrück. Granitarbeiter haben nach hier Zugang fernzu-
halten. Die Unternehmer weigerten sich, mit unseren Kollegen
einen Tarifvertrag abzuschließen.

Maulbronn (Württemberg). Bei Burer wurden 21 Kollegen
angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Meist sind Ver-
bandsmitglieder und Vorstandspersonen von diesem freund-
lichen Unternehmerakt betroffen.

Groß-Hartmannsdorf. Das hiesige Kalkwerk ist gesperrt. Den
Kollegen wird die Ausübung des Koalitionsrechtes von der
Betriebsleitung unmöglich gemacht. Zugang ist zu unterlassen.

Rhefelden. Zahlstelle Radwib. Die Steinmehlen haben
bei Meister Neumann wegen Nichtzahlung des Tarifs die
Arbeit eingestellt. Die Brecher, die am gemeinschaftlichen
Bodenrecht teilhaben, wurden ausgesperrt. Neumann meinte,
die Brecher hätten den „Gehorsam verweigert“. Festgesetzt
sei noch, daß Neumann von den Steinmehlen „schriftlich“
verlangte, bei den anzufertigenden Architravstücken den Tarif
außer Kraft treten zu lassen.

Weihen. Die Köhlerische Aussperrung dauert unverändert
fort. Jetzt will Köhler sich selbst Steinmehlen anlernen,
wir gratulieren zu diesem Erfolg. Die arbeitswilligen
angeleiteten Arbeiter sind der gelben Organisation an-
geschlossen.

Die Agenten Köhlers üben in Ungarn und Nieder-Oester-
reich ihre Tätigkeit aus, um Arbeitswillige anzuwerben. In
den Bezirken Budweis, Gmünd, Groß- und Kleinneustein
konnte nicht ein Mann für Köhler gewonnen werden.

Aus Maulbronn (Niederrhein) wird uns besonders
berichtet, daß ein Agent, mit Namen Girischewen, nach Weiden
abgefahren ist; er hat einige angeworben, welche in einem
Wald geschliffen werden, daß wenig Snaat mit denselben in
Weiden gemacht werden kann. In Malsburg (Baden) war
der Geschäftsführer als Anwerber ohne Erfolg tätig. Der
Agent Wolf ist unausgesehen in Oesterreichisch-Schlesien und
den angrenzenden Granitgebieten an der Arbeit. Leute zu
werben. Es sind Plakate ausgehängt, auf welchen die Zahl
der bereits bei Köhler Arbeitenden von Woche zu Woche in
steigender Zahl verändert werden, wahrscheinlich, um den Ver-
trieb nicht zu verdrängen erscheinen zu lassen. Auch in der Ober-
pfalz war ein Agent, insbesondere in Friedenfels, welcher sich
nach den gewaltigsten Anstrengungen eine Abfuhr bei unseren
Kollegen holte.

Allen Kollegen des In- und Auslandes wird ausdrück-
lich mitgeteilt, daß der Kampf in aller Schärfe weiter ge-
führt wird. Den Aussperrten wird vom Zentralvorstand
ein Extrazuschuß pro Woche gewährt.

Internationaler Steinarbeiter-Kongreß.

Der dritte Steinarbeiterkongreß des Inter-
nationalen Sekretariats wird nun anfangs April
1908 im Anschluß an den Kongreß des Steinarbeiterverbandes
Deutschlands stattfinden. Die nähere Zeit und Orts-
angabe wird noch bekannt gegeben.

Als provisorische Tagesordnung haben wir bestimmt:

1. Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. Bericht des internationalen Sekretariats.
3. Reglement des internationalen Sekretariats.
4. Schaffung einheitlicher Quittungsbüchlein.
5. Emigration.
6. Wahl des Vororts des internationalen Sekretariats.
7. Beschlußes.

Sollten die Landesverbände eine Erweiterung dieser Tages-
ordnung wünschen, so eruchen wir sie, betreffende Punkte bis
frühestens 20. November 1907 einzusenden. Die Anträge zu den
Traktanden werden nach Festsetzung der Tagesordnung bekannt
gegeben.

Zürich, den 22. Oktober 1907.

Internationales Sekretariat.
Robert Kolb,
Elisabethenstraße 28.

Der neue Reichstag.

Nur eine kurze Spanne Zeit noch, und die Reichsboten ver-
sammeln sich erneut, um über das Wohl und Wehe des deutschen
Volkes zu beraten und zu beschließen. Der Reichstag nimmt
in diesem Jahr seine Verhandlungen wieder unter ganz be-
sonders bedeutungsvollen Umständen auf. Drückt doch die seit
langem währende und immer fühlbarer werdende maßlose
Teuerung in einem Maße auf das Volk, daß eine Verberung
dieses Zustandes das dringendste Erfordernis der Zeit ist. Von
der Blockade des Reichstags sind allerdings hindernde
Maßnahmen in dieser Hinsicht nicht zu erwarten, obgleich ohne
Zweifel wie früher nach Eröffnung des Reichstags ein sozial-
politisches Wetrennen der bürgerlichen Parteien mit Anträgen,
Resolutionen und Interpellationen beginnt, das jedoch aus-

gehen wird wie das Hornberger Schießen, da es keiner der
bürgerlichen Parteien einfällt, mit dem notwendigen Ernst und
Nachdruck für ihre Forderungen einzutreten.

Wir haben ja das Schauspiel zur Genüge gehabt, daß in den
Etatsdebatten, Interpellationsdebatten usw. von Blochrednern,
Ministern und vom Reichskanzler in allen Tonarten schön ar-
beiterfreundliche Worte gesagt und vom Vollbringen sozial-
politischer Taten gesprochen wurde, das Endergebnis war aber
gewöhnlich gleich Null.

Die Reichstagsession dieses Frühjahrs z. B. hätte dem
Geschrei und dem Getöse nach, das die bürgerlichen Parteien
aller Schattierungen vor, während und nach den Wahlen auf-
führten, dem arbeitenden Volk eine Flut von Vorteilen und
Wohlthaten bringen müssen. Was aber ist in der ganzen Session
Positives geleistet worden? Nichts, absolut gar nichts. Von
der Unmasse der Initiativanträge ist auch nicht ein einziger zur
Beratung gelangt, die Sozialpolitik ging, abgesehen von dem
Beschluss, betreffend die Beamtenwitwen, leer aus. Die Bloch-
parteien wollten eine neue Aera der Sozialreform eröffnen, der
„einzig sozialpolitische Fortschritt“, den sie verzeichnen, ist die
Erdröfelungsborlage gegen die freien Hilfsklassen. Dagegen
wurden uns neue dauernde, ständig wachsende Ausgaben, neue
Anleihen und vermehrtes Bedürfnis nach neuen Steuern be-
schert. Was wird der neue Reichstag bringen? Die Regierung
hat es während der Verhandlungsperiode an Orgelflängen nicht
fehlen lassen, die befunden sollen, wie treu besorgt und eifrig sie
für das Wohl des Volkes ist. Sie wird dem neuen Reichstag
eine Novelle zur Gewerbeordnung vorlegen, nach welcher vom
1. Januar 1910 an der Maximalarbeitszeit für Frauen auf
10 Stunden täglich festgelegt wird. Selbstverständlich nur für
Frauen, die in der Industrie beschäftigt sind. Würden auch die
in der Landwirtschaft Beschäftigten oder gar das Gefolge ein-
bezogen, würden Junker und Agrarier ein fürchterliches Ge-
schrei erheben und von „Untergrabung aller gesetzlichen Ord-
nung“ reden. Das Gesetz wird ja wohl im Reichstag rasch seine
Erledigung finden, weil die verbündeten Regierungen sich mit
den in Betracht kommenden industriellen Arbeitgebern über die
Herabsetzung der Höchstarbeitszeit der Arbeiterinnen von 11 auf
10 Stunden verständigt haben.

Einzubilden braucht sich die Regierung auf diese sozial-
politische Tat nichts. Andere Staaten haben den Zehnstunden-
tag für Arbeiterinnen längst; England z. B. schon seit dem
Jahre 1844, und der zehnstündige Maximalarbeitszeit für
Frauen bleibt heute hinter der industriellen Entwicklung zurück.
Zeitungsnachrichten zufolge soll auch eine Regelung der
Heimarbeit getroffen werden. Namentlich scheint eine Aus-
dehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie geplant
zu sein. Der Gesetzentwurf soll dem Reichstag noch vor Weih-
nachten zugehen. Man wird gut tun, sich in der Sache keinen
optimistischen Hoffnungen hinzugeben.

Offiziös ist mitgeteilt worden, daß dem Reichstag gleich
nach seinem Zusammentritt ein Reichsvereinsgesetz vorgelegt
werden soll. Ueber den Inhalt des neuen Gesetzes gehen die
verschiedensten Nachrichten um. Soviel steht fest, daß das Ge-
setz neben einigen Vorteilen, Verschlechterungen aufweist, die
es für die Arbeiter unannehmbar machen. Die Beitimmung,
wonach in Versammlungen aller Art die deutsche Sprache als
Verhandlungssprache vorgeschrieben wird, würde acht bis neun
Millionen Reichsangehörigen (Polen, Dänen usw.) das Ver-
sammlungsrecht kurzerhand entziehen, da diese Reichsange-
hörigen nicht deutsch sprechen können. Dem Vereinsgesetz wird
daher in dieser Form schärfster Widerstand entgegenzutreten
müssen. Die Witwen- und Waisenversicherung, mit der schon
soviel Tamtam geschlagen worden ist, scheint noch in weiten
Felde zu sein. Darauf lassen wenigstens verschiedene Aus-
führungen schließen, die in letzter Zeit von „fachverständiger
unterrichteter Seite“ gemacht worden sind. In den Akten des
Parlamentes schlummern außerdem eine Fülle von Anträgen
sozialpolitischer Art, die dank der Regierung und der bürger-
lichen Parteien keine oder wenig Aussicht auf baldige Verwirk-
lichung haben. Ein Ueberblick über diese Anträge lehrt, was
im wesentlichen gefordert wird: Ausbau der Koalitionsge-
gebung, freiheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Be-
rufvereine, Arbeits(er)kammern, Sicherung und Ausgestaltung
der Tarifgemeinschaften, Schutz der Bauarbeiter und Ausdeh-
nung der Baukontrolle unter Zuziehung von Arbeitern, sozial-
politische Fürsorge für die Privatbeamten, rechtliche Gleich-
stellung der technischen mit den kaufmännischen Angestellten,
Vereinfachung der Versicherungsgesetze (Herabsetzung der
Grenze für Altersrenten auf 65 Jahre), Versammlungs- und
Koalitionsrecht, Reichsberggesetz, Fachgerichte für ländliche Ar-
beiter, reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswezens, der
Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken, Heimarbeiterschutz, Ab-
schaffung der Konkurrenzklawel, Handelsinspektoren, Erfinder-
schutz für Arbeiter und Angestellte, Ausdehnung der Gewerbe-
ordnung auf Arbeitgeber und Arbeiter der gewerblichen Gärtnerei,
Reichsarbeitsamt, Ausdehnung der Krankenversicherung,
endlich Arbeiterschutz für Bureauangestellte.

Mit den erst erwähnten Vorlagen dürften aber die sozial-
politischen Aufgaben, die in nächster Zeit der Lösung durch den
Reichstag harren, erschöpft sein. Durch besondere Reichhaltig-
keit zeichnet sich das Programm nicht aus. Um so schwerer
werden die Lasten sein, die dem Volk noch durch die Geset-
gebung aufgelegt werden. Angekündigt sind diese Lasten längst.
Zum Ausbau unseres herrlichen Kriegsheeres werden neue
Forderungen erhoben, und ebenso müssen für die Marine neue
Mittel flüssig gemacht werden. Auch der neue Mann im Kolo-
nialamt wird weitere Millionen verlangen, um sie im afrika-
nischen Sand zu verpulvern. Alle diese Forderungen kosten
Geld, viel Geld sogar, das aber erst beschafft werden muß, denn
die Reichskassen sind leer. Angekündigt ist ja nun, daß die Re-
gierung mit einer Forderung von rund 250 Millionen Mark
neuer Steuern an den Reichstag herantreten werde. Wie der
sich dazu verhalten wird, ist vorauszusehen. Durch die Presse
fast aller bürgerlichen Parteien weht zwar Oppositionsluft, doch
dadurch darf man sich nicht täuschen lassen. Die nationalliberale
Partei hat es stets als höchste patriotische Pflicht angesehen, die
Forderungen der Regierung mit Hurra zu bewilligen, und von
dieser Gewohnheit wird sie auch künftig nicht ablassen. Daß das
Zentrum gegen die Regierung poltert und mit ihren Maß-

nahmen sehr unzufrieden ist, kann nur politischen Kindern
imponieren.

Die beginnende Tagung des Reichstags wird recht lebhaft
Verhandlungen bringen, an welchen die Arbeiterschaft aufs
höchste interessiert ist. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen
mollen wir uns aber keinen Illusionen hingeben. Den Ver-
tretern der Arbeiter steht eine kompakte Majorität gegenüber,
welche als Richtschnur für ihr Handeln die Vermehrung des
Reichtums der Besitzenden betrachtet und deshalb willens ist,
die aufwärts strebende Arbeiterschaft mit allen Mitteln nieder-
zuhalten. Eine Zeitlang mag solch eine Politik erfolgreich
sein, auf die Dauer läßt sie sich nicht durchführen. Je stärker
die Steuerfahne angezogen wird, je mehr die Maßnahmen
der Regierung und der Gesetzgebung das Volk zum Hunger
zwingen, um so nachdrücklicher werden auch die Schichten zum
Nachdenken genötigt, die dem öffentlichen Leben bisher gleich-
gültig gegenüberstanden. Den Arbeitervertretern im Parlament
wird immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie die Massen
zur Unzufriedenheit aufreizten. Dieser Mühe brauchen sie sich
sicherlich nicht zu unterziehen, sie können sich darauf beschränken,
dem Volke die wahre Ursache der unbefriedigenden Zustände
klarzulegen und ihnen den Weg zu zeigen, auf dem sie ihrer
Unzufriedenheit den richtigen Ausdruck geben können. Der Er-
regung von Unzufriedenheit unterziehen sich in mehr als aus-
reichendem Maße die herrschenden Gewalten, und die bevor-
stehenden Reichstagsverhandlungen werden das aufs neue be-
weisen.

Agitation und Organisation im Winter.

Die schöne Jahreszeit ist vorüber und wir stehen an
der Schwelle des Winters, der die geeignetste Zeit für die
andauernde und erfolgreiche Agitation und Organisation
ist. Man ist an den Abenden auf den Aufenthalt in ge-
schlossenem Raume angewiesen, gewöhnlich auch an den
Sonn- und Festtagen, während im Sommer die freie
Zeit angenehmer und für die Gesundheit förderlich soweit
als möglich draußen im Freien, in der frischen Luft ver-
bracht wird. Daß aber auch während des Sommerhalb-
jahres die Agitation in Werftstätten und Steinbrüchen und
Versammlungen nicht aufhört, dafür sorgen schon die
schlechten Berufsverhältnisse, die die zahlreichen Lohn-
kämpfe herbeiführen und so für die Aufrüttelung der
Arbeiter wirken. Im Winterhalbjahr besteht mehr Ruhe,
die Lohnkämpfe sind seltener und daher mehr Gelegenheit
zur Sammlung und geistigen Fortbildung, zur Aufklärung
und Belehrung geboten.

Die befreienden Ideen der Arbeiterbewegung appellieren
nicht an die rohe Faust, an die brutale Gewalt, sondern
an den Geist, an die Einsicht und Erkenntnis, an die
Geistesbildung der Arbeiterschaft. Diese Tatsache an sich
allein schon ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiter-
bewegung eine Kulturbewegung ist, die das gesamte Volk
bilden und fördern und in jeder Beziehung auf eine
höhere Stufe des Daseins heben will. Der ostelbische
Junker, der erklärte: „Der dümmste Arbeiter ist der
beste“, ist im Gegensatz dazu der Vertreter der Barbarei,
und es kommt seinen Worten um so größere Bedeutung
zu, als sie der Ausdruck der Anschauung und der gesamten
Politik der herrschenden Klassen sind. Die Niederhaltung
der Volksschule und der Volksschulbildung, die reaktionäre
Verschlechterung der Volksschule in Preußen „durch die
brüderliche Gemeinschaft der Junker, der Ultramontanen
und der Nationalliberalen, der Bremserlaß des ver-
florenen Kultusministers Studt, durch den die Städte
daran gehindert werden, ihren Volksschullehrern anstän-
dige Gehalte zu bezahlen, sie also zur Zahlung von
Hungergehältern zwingt, um den Junker vor der Erhöhung
der Ausgaben für die Schule zu bewahren, sind Leistungen
einer offenen unverschämten Kulturfürsorge, einer fin-
sternen Reaktion und Barbarei. Dabei sind es immer
immer wieder dieselben Freie und Klassen, die von der
Dummheit und Unwissenheit des Volkes reden, von seiner
Noheit und Bestialität und die sich darauf berufen, um
das Volk als „politisch unreif“ zu erklären, um ihm wich-
tige bürgerliche und politische Rechte vorzuenthalten. Es
ist ein elendes und niederes Spiel, das so von dem herr-
schen Regiment mit dem Volke getrieben wird, ein schmerz-
liches Verbrechen, das an ihm begangen wird.

Was ist das für eine Gesellschaftsordnung, die nach
der Erklärung ihrer eignen Träger und Vertreter die
geistige Verwahrlosung, die Unbildung und Unwissenheit
der großen Volksmassen zur Voraussetzung hat, die von
einer höheren Geistesstufe des Volkes eine Gefährdung
ihres Fortbestandes befürchtet? Sie sagt damit ihren
eigenen Bankrott an, sie erklärt damit, daß sie keine
Existenzberechtigung hat und daß sie mit einer höheren
Kultur, mit der Vervollkommnung des Menschengeschlechts
unvereinbar ist.

Die Arbeiterbewegung hat nicht bloß durch ihre
idealen Bestrebungen, sondern auch durch ihre reichen po-
sitiven Leistungen den Anspruch darauf erworben, eine,
ja die Kulturbewegung zu sein. Wie viele Arbeiter, die
von der sogenannten „göttlichen Weltordnung“ völlig ver-
wahrloset heranwachsen und nicht einmal eine Elementar-
bildung erhielten, haben sie in den Arbeiterorganisationen
erlangt und mit ihrer Hilfe sich geistig entwickelt und all-
gemeine Bildung angeeignet. Es sind heute Tausende so
selbstgebildeter Arbeiter, „Autodidakten“, an hervorragen-
den Stellen in der Arbeiterbewegung, aber auch in andern

Verhältnissen, so als Beamte in den Ortskrankenkassen, Konsumvereinen usw. mit Erfolg tätig. Das große Bewandern in der Gewerkschaftsbewegung einschließlich der lokalen Arbeitersekretäre fest sich fast ausschließlich aus solchen Autodidakten zusammen. Die Arbeiterbewegung hat ihnen Kenntnisse und Wissen, geistige Disziplin, Läuterung und Festigung des Charakters, Gewissenhaftigkeit und Pflichtbewußtsein beigebracht, so daß ja ausgebrochene Gegner, selbst große Unternehmer schon offen bekennen mußten, daß die Sozialdemokraten ihre besten und tüchtigsten Arbeiter sind. Es ist zweifellos, daß Deutschland sein wirtschaftliches Jena erleben würde, wenn die 4 bis 5 Millionen sozialdemokratischer Arbeiter auf einen Schlag auswandern würden. Das hatte schon der verstorbene Nationalökonom und konservative Politiker Rudolf Meyer eingesehen, indem er konstatierte, daß die deutsche Industrie ihren ungeahnten gewaltigen Aufschwung der Sozialdemokratie zu verdanken hat, die in der Arbeiterschaft alle Fähigkeiten und guten Eigenschaften weckte und zur praktischen Entfaltung brachte.

Wenn aber sämtliche Schanzmacher, sämtliche Reaktivoren, sämtliche Arbeiterfeinde und Schmarozker auswanderten, so würde dieser „Verlust“ für ganz Deutschland und besonders für seine Industrie ein großer Gewinn sein. Die Arbeiterbewegung schickt auch die intelligentesten, anfertigungstüchtigsten und brauchbarsten Soldaten in die Kaserne, aber auch hier ist der dümmste der beste, denn wie der Kriegsminister im Reichstag erklärte, kommt es beim deutschen Soldaten nicht auf die Intelligenz, sondern auf die „Gesinnung“ an, das heißt auf den beschränkten Untertanenverstand, der nicht fragt: warum und wozu, sondern der einfach das gedankenlose Kanonenfutter abgibt.

Solche Neuerungen und Taten des herrschenden Regiments können die Arbeiterbewegung nicht abhalten, ihre Kulturmission zu erfüllen, um so weniger, als von deren Erfüllung ihre eigene Existenz, ihre Fortentwicklung und ihr endlicher Sieg abhängen. So geschieht denn gerade immer mehr zur geistigen Hebung des arbeitenden Volkes. Es sei nur auf die Unterrichtskurse der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, auf die sozialdemokratische Parteischule und auf die Arbeiterbildungsschule in Berlin verwiesen und ferner daran erinnert, daß ähnliche Einrichtungen, wenngleich von geringerer Bedeutung, an zahlreichen anderen Orten bestehen. Die Parteischule in Berlin hatte zum Beispiel folgenden Lehrplan für den zweiten Kursus vom 1. Oktober 1907 bis 30. März 1908 aufgestellt: Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie (ca. 200 Unterrichtsstunden); Lehrer: Dr. Duncker. Historischer Materialismus und soziale Theorien (zirka 200); Lehrerin: Dr. Rosa Luxemburg. Geschichte der politischen Parteien (50); Lehrer: Dr. F. Mehring. Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gefährdungsrecht und Verfassung (90); Lehrer: A. Stadthagen. Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug (50); Lehrer: Dr. S. Heinemann. Bürgerliches Recht (50); Lehrer: Dr. Kurt Rosenfeld. Gewerkschaftswesen, Genossenschaftswesen, Kommunalpolitik (70); Lehrer: Simon Ragenstein. Mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck, Zeitungstechnik (75); Lehrer: Heinrich Schulz.

Es kann uns kein Gegner vorwerfen, daß wir nicht genügend Aufklärung schaffen würden. Wir dürfen hoffen, daß durch diese Bildungsinstitute die gesamte Arbeiterbewegung sehr befruchtet wird. Unsere Kollegen tun gut, besonders in den Wintermonaten sich belehrende Vorträge halten zu lassen, es muß dies nicht immer ein Referent aus unferm Berufe sein. Die Gewerkschaftsbewegung ist heute so vielseitig, daß alles getan werden muß, um auch das nötige Maß von Wissen zu verbreiten. Je gebildeter unsere Kampfgenossen sind, desto erfolgreicher sind die von uns zu unternehmenden Operationen.

Ein famoser Prozeß.

Der Kampf zwischen dem General der alten Kamarilla, Runo Moltke, und dem journalistischen Agenten der neuen, Maximilian Harden, ist am Sonnabend mit einem überlegenen Siege des Angeklagten beendet worden.

Es ist wahr und ist erwiesen, daß der deutsche Kaiser seit vielen Jahren von einem Kreis von Leuten umgeben war und beeinflusst wurde, die heute vor aller Welt am Pranger stehen müssen. Es war eine geistig unbedeutende, in abergläubischen Vorstellungen befangene, minderwertige Gesellschaft, und der ehemalige Stadtkommandant Berlins, Graf Runo Moltke, der Mann, der seine Frau ein Klotz genannt und es mit seiner Ehre für vereinbar hielt, vor Gericht die traffesten Unwahrheiten zu behaupten, scheint immer noch der Beste von ihr gewesen zu sein. Von andern ist erwiesen, daß sie sich nicht getraut haben, ein wahres Vorbild für Männerprostitution einzurichten und aus Sport den abscheulichsten Lastern zu huldigen.

Daß sie dabei ein geschriebenes, verbesserungsbedürftiges Strafgesetz übertraten, sollte ihnen zum geringsten angerechnet werden, wenn sie sich darauf beschränkt haben würden, sich innerhalb ihres eignen Kreises zu belustigen. Die Enthüllung der heimlichen Situationen, in denen sich diese „Paladine des deutschen Kaiserthrones“ betreffen ließen, bildet an und für sich nur eine Episode in der Geschichte des an Unsauberheiten strotzenden Höflingshofes aller Zeiten. Aber diese Schurken haben viel schlimmeres getan. Sie haben ihre militärische Gewalt, ihre gesellschaftliche Stellung, ihren ererbten Reichtum dazu mißbraucht, arme Soldaten, Söhne des Volks zum Gegenstand ihrer schmutzigen Gelüste zu machen. Dadurch haben diese lauberen Herren mit Generalstreifen das deutsche Volk vor allen Völkern der Erde befudelt und entehrt. Männern, die nicht so schuldig waren wie sie, haben die Tribunale der französischen Revolution mit Recht die Köpfe vor die Füße gelegt — die Götter der Adlervilla, unter denen ein Graf Moltke immer noch einen verhältnismäßig bescheidenen Rang einnimmt, hat nicht einmal das Zuchtthaus erreicht, das sie sich tausendmal verdient haben. Denn wir leben ja nicht in einer Zeit der Revolution und Schredensherrschaft, sondern in „geordneten staatlichen Zuständen“, die es den handelnden Personen dieses schmutzigen Dramas gestattet, sich in den Brunst ihrer stillen Schlösser zurückzuziehen, am Schwanenteich des Parks von vergangenen schönen Zeiten zu träumen und einer knirschenden Dienerschaft gnädig die Hand zum Kusse zu reichen.

Ihre einzige Strafe ist, daß sie beim Kaiser in Ungnade gefallen sind. Wie schwer sie das nehmen, wissen wir nicht; jedenfalls aber teilen sie dieses Schicksal mit Millionen sehr ehrlicher Deutscher, denen der Kaiser schon wiederholt und sogar öffentlich seine schärfste Ungunftsentscheidung ausgesprochen hat. Man erinnere sich an die Rede, die er am Grabe Alfred Krupps hielt! Die alte Kamarilla trief also von widerlicher Gemeinheit! Erst die Zukunft wird lehren, ob die neue besser ist. Wir haben sie in den Artikeln Gardens, in seiner Rede und in der seines Advokaten an der Arbeit gesehen. Sie hat der alten Kamarilla

vorgeworfen, daß sie den Kaiser „angehimmelt“ und ihn dadurch in seinen Zerrümpeln bestärkt habe. Wer aber hat den Kaiser jemals vor der Öffentlichkeit zudringlicher „angehimmelt“ als jetzt Garden und Bernstein.

Wenn Herr Garden den Kaiser öffentlich belobt, weil er ein paar überwiesene Verbrecher aus der Hofrangliste gestrichen hat, so ist das weiter nichts als eine höfische Schmeichelei, und wenn er sich in diesem Zusammenhang auf die Meinung der ausländischen Presse beruft, so ist das eine Unwahrheit. Noch schlimmer trieb es der Anwalt Herr Max Bernstein aus München, der sogar dem Schöffengericht einreden wollte, sein Urteil sei bereits durch das des Kaisers, die Verabreichung Moltkes, präjudiziert, es müßte Garden freisprechen, weil der Kaiser Moltke schuldig gesprochen habe. Die Verurteilung seines Klienten soll nach Herrn Bernstein „beinahe eine Majestätsbeleidigung“ sein. Dadurch wird ein — unfrei Erachtens an sich durchaus berechtigtes — freisprechendes Urteil von vornherein zu einem Akt der Kabinettsjustiz entwürdigt.

So fängt die neue Kamarilla an! Aber Herr Garden und Herr Bernstein bilden ja nicht den Kern der neuen Kamarilla, sie sind nur ihre journalistischen und juristischen Handlanger. Sehen wir zu, wie diese neue Kamarilla selbst gearbeitet hat! Ihre hervorragendsten Mitglieder waren jahrelange Freunde; sind Duzbrüder der Liebenberger, sie verdanken ihnen, wie wir aus der Rede Gardens hören, zum Teil sogar ihre Stellung. Die Verbrecher, die von ihren Gönnern getrieben wurden, kannten diese Leute und sahen ihnen jahrelang zu, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Erst nach dem Sturze des Geheimen Legationsrats v. Holstein begann die Zukunft zu reden, und als gar Bülow durch Gulenburg, der ihn nach Berlin gebracht hatte, wieder fortgeschafft werden sollte, setzte der Sturm der Enthüllungen ein. Garden ist gefändigt, seit Jahren gewußt zu haben, daß die Armee von vorgeführten Wühljungen geschändet, verheult und in den Rot getreten wurde, aber er rühmt sich, geschwiegen zu haben — als Patriot! Erst als die alte Kamarilla das deutsche Volk eines Staatsmannes vom Range Bülows berauben wollte, erst als sie gegen die Kriegstreiber einer gewissen engeren Clique, zu der Bülow damals nicht gehörte, konterminierte, entschloß man sich dazu, die früheren Freunde und Gönner vor der Öffentlichkeit zu entkleiden und an den Pranger zu stellen. Jetzt auf einmal explodierte die seit Jahren unter Geheimverschluß gehaltene stikliche Entrüstung und der verschämte Schreiberling aus der Grunewaldvilla spie Aktienstücke des Unrats aus.

So hat die neue Kamarilla über die alte gesiegt, vollständig gesiegt! Sie hat m'nalich alle Regungen alter Kameradschaft unterdrückt, sie hat den Gegner totgetreten wie eine Wanze und mit dem Gestank dieser Exekution fünf Erdteile erfüllt. Mit dem Prozeß Moltke-Garden beginnt in der Geschichte der preußisch-deutschen Selbstherrschaft ein neues Kapitel, das so lange dauern wird, bis das Volk dem System des Absolutismus und der antiparlamentarischen Hofkabale endlich das lange verdiente Ende bereitet.

Dieser Artikel stand schon in Wei, als der Telegraph die Nachricht verkündete, daß Garden am 29. Oktober freigesprochen wurde.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg.

Der Gedanke einer Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt ist nicht neu. Wenn wir zunächst auf das Ausland blicken, so haben wir in Wien das von dem bekannten Zentralgewerbeinspektor Dr. Wigerka errichtete Gewerbehygienische Museum, in Paris das Musée social; auch Amsterdam, Brüssel und Zürich haben den gleichen Zweck verfolgende Sammlungen.

In Deutschland reichen die Vorläufer der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Im Anschluß an die Hygienische Ausstellung vom Jahre 1883 wurde 1886 das Hygienemuseum gegründet. Das Reichsversicherungsamt folgte 1887 mit der Einrichtung einer Sammlung für Unfallverhütung, in der im wesentlichen von Fabrikanten angebotene Schutzvorrichtungen zur Ausstellung gebracht wurden. Auch die bald darauf gebildete Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen begründete eine für ihr besonderes Gebiet wertvolle Sammlung. Mehr aber als alle diese Veranstaltungen trat in die öffentliche Erscheinung die Deutsche Allgemeine Ausstellung für Unfallverhütung vom Jahre 1899, welche dem Publikum die hohe Bedeutung der vorbeugenden Arbeiterfürsorge vor die Augen führte.

Seit dieser in hohem Maße erfolgreichen Ausstellung ist der Wunsch nach einer ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt nicht mehr verstummt.

In der Reichstagsitzung vom 28. Januar 1899 forderte insbesondere Genosse Wurm in sehr eindringlichen Worten die Errichtung einer solchen Ausstellung. Im nächsten Etat wurde hierfür auch der Betrag von ca. 500 000 Mark eingest. Diese nun ständige Ausstellung ist insbesondere auf das Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion errichtet worden.

Wer das stattliche Gebäude an der Frauenhoferstraße, in welchem die Ausstellung untergebracht ist, betritt, ist erstaunt über die Fülle des Gebotenen. Uns interessiert zunächst, was über den Steinarbeiterberuf einschlägiges geboten wird. In anerkannter Weise hat der bekannte Professor Dr. Th. Sommerfeld-Berlin mit einer Sammlung „Gewerblicher Staubarten und Staublungen“ der Ausstellung einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

Die wichtigsten in gewerblichen Betrieben vorkommenden Staubarten sind in Gläsern aufgestellt, die der Reihe nach mineralische, metallische und vegetabilische Staubarten enthalten. Bei der Beurteilung der Gefahr des Staubes für die Atmungsorgane kommt neben der während der Arbeit eingeatmeten Menge vorzugsweise die physikalische Beschaffenheit der feinsten Staubpartikeln in Betracht. Die hinter den Gläsern angebrachten Mikrophotogramme zeigen dem Beschauer, wie die eine Staubart mehr oder minder vollkommen aus runden, eine andere mehr aus zackigen, edigen, spitzigen Molekülen zusammengesetzt ist. Erstere sind im allgemeinen als unschädlich aufzufassen, während die letzteren Gattungen die Hohlräume der Atmungswege ausfüllende zarte Gewebsschicht verletzen, sich in das Gewebe einbohren und zu chronischen Entzündungsorganen führen, deren Endwirkung die Umwandlung mehr oder minder großer Lungenabschnitte in derbe, schmielige Massen ist. Zur Erläuterung dieser Verhältnisse sind Schnitte von menschlichen Lungen in anatomischen Präparaten und farbige bemalten Photographien aufgestellt. Die Lungen sind in Alkohol aufbewahrt. Da bei dieser Art von Konservierung der Blutfarbstoff ausgelaugt wird, erscheint die normale Lunge völlig farblos, und fremde, farbige Bestandteile heben sich um so deutlicher ab. So erscheint die mit Eisenoxyd (Englisch- oder Pariser Rot) erfüllte Lunge ziegelrot, die mit Eisenoxydhydrat rotbraun, die mit Kohle je nach der Menge und Verteilung grauschwarz bis kohlschwarz. Die Steinhauerlunge (Kieselung) zeigt neben der durch Kohleeinlagerung bedingten teilweise grauschwarzen Verfärbung als charakteristisches Merkmal zahlreiche kleine Knötchen die bald mehr edig, bald flachrundlich sind, bald vereinzelt, bald gruppenweise stehen und die Größe einer Erbse erreichen. Ihre Farbe ist hellgrau, schwärzlich bis vollkommen schwarz. Im Innern dieser Knötchen läßt sich meist ein heller, weißlicher Kern erkennen, der sich unter dem Mikroskop als eine

Ansammlung von Kieseläurekristallen herausstellt. Die als Schleiferlunge bezeichneten Lungenabschnitte weisen außerdem keine charakteristischen Merkmale auf; die teilweise dunklere Verfärbung rührt von eingelagerter Kohle her. Die mikroskopische Untersuchung jedoch läßt keine kristallinische, scharfkontig, das Licht brechende Körperchen erkennen, Schmirgelsteinchen, die von dem Schleifmaterialien stammen; Kocht man kleine Teile der Lunge in Salzsäure und setzt dem Rückstand einige Tropfen Ferrochankaliumlösung zu, so fällt sofort eine beträchtliche Menge Berliner Blau aus, was den Gehalt der Lunge an Eisen beweist. Die ausgefallenen Schleiferlungen enthalten somit als Fremdkörper Kohle, Schmirgel und Eisen.

In hervorragender Weise ist an der Ausstellung auch die Steinbruchsberufsgenossenschaft beteiligt. Sie hat aus künstlichem Gestein einen Steinbruchsessel von etwa 8 Meter Länge und 6 Meter Höhe errichten lassen, um daran die verschiedensten Arten der Schießmethoden zu zeigen.

Das Modell stellt in der natürlichen Größe in Struktur und Abbaumeise und in den Naturfarben mit allen Einzelheiten des Sprengens einen im vollen Betriebe befindlichen idealen Steinbruch dar, in dem zur linken Granit, daneben Grauwade und Sandstein und schließlich Kalkstein zur Gewinnung gelangt. Alle vier Gesteinsarten werden mit Hilfe von Sprengung gewonnen. An den Außenflächen der Gesteinsbänke sind die Bohrlöcher in ihrer der Wirklichkeit entsprechenden Richtung und Größe, aber aufgeschnitten dargestellt, während die Sprengpatronen voll an ihrem Platz sitzen und die Vorrichtungen zur Zündung bzw. zum Ausräumen zutage treten.

In dem Granit, der sich in vier Terrassen abtreibt und von tieferem Abraum überlagert ist, befindet sich ein fast 2 Meter tiefes Bohrloch mit 8 Patronen von 25 Millimeter Durchmesser Sicherheitsprengstoff besetzt und für Zündschnurzündung eingerichtet. Zwischen Granit und Grauwade ist ein Liebergangsgestein in Form einer ausgefüllten Klüftung gebacht, neben der in einer oben 20 Zentimeter breiten Spalte ein mit Pulver besetzter Laffenschuß mit elektrischer Zündung angebracht ist, an dem man erkennt, in welcher Weise solche Schmirgelstücke, bei denen looses Pulver zur Verwendung kommt, auf das Gestein wirken. Die Verwendung loosen Pulvers ist nur bei in die Tiefe gehenden Spalten oder Bohrlochern gestattet.

Dieser, sowie alle andern Schüsse sind so angebracht, daß sie die Art des Sprengmittels, des Befuges und der Zündung genau erkennen lassen. Alle Schüsse sind so dargestellt, wie es den bergpolizeilichen Vorschriften und den besonderen Vorschriften der Steinbruchsberufsgenossenschaft für Sprengarbeiten entspricht.

Nur ein Schuß veranschaulicht verbotene Handhabung und ist durch ein Schild in roter Schrift gekennzeichnet, während die andern Schüsse durch schwarze Aufschriften erklärt werden. Es handelt sich um einen Pulverschuß von 9 Patronen mit 40 Millimeter Weite des Bohrloches und Lettenbesatz im Sandstein. Solche Schüsse auszuwahren ist verboten. Neben diesem Schuß ist ein mit 4 Dynamitpatronen von 28 Millimeter Durchmesser besetzter Versager dargestellt, an dem das Ausbohren mittels Bohrlochsaufstecher gezeigt wird. Auf 10 Zentimeter Besatz ruht der Aufschießer.

Die Befestigung von Versagern ist außerdem noch durch zwei Schüsse im Sandstein veranschaulicht, von denen der eine versagt hat und nun von einem daneben niedergebachten Bohrloch aus abgetan werden muß, das mit 4 Patronen Sicherheitsprengstoff (Lettenbesatz und Zündschnur) geladen ist.

Im Sandstein ist ferner gezeigt, wie Bohrlöcher mit 35 Millimeter Durchmesser mit Sicherheitsprengstoff, die in Form gelber Patronen zur Anwendung kommen, geladen und mit Lette (Pufferladung), Sand und Wasser ungefährlich, rasch und einfach besetzt werden können. Bei Wasserbesatz findet eine Guttapergazündschnur Anwendung.

Im Sandstein (und auch in der Grauwade) sind ferner die verschiedenen Schußarten gezeigt, nämlich im Sandstein 2 Pulverschüsse mit je 4 Patronen von 40 Millimeter Durchmesser, eine mit Zündschnur, der andre mit elektrischer Zündung, und in der Grauwade schräg herabgehend ein Dynamitschuß mit 5 grauen Patronen von 28 Millimeter Durchmesser mit Zündschnurzündung, sowie ein Schmirgelstück mit Sicherheitsprengstoff (10 gelbe Patronen 30 Millimeter Durchmesser) besetzt mit elektrischer Zündung versehen. Die Art der Kesselbildung bei derartigen Schüssen infolge der Schußwirkung (Kessel 400 Millimeter unregelmäßig angeprengt) ist greifbar deutlich zur Anschauung gebracht.

Auf der untersten Grauwadebank werden schließlich die drei gebräuchlichsten Arten der Sicherung der Schüsse gegen Schloberung durch Abdecken mit Haschinen (Schanzen), Eisenbahnschwellen und Drahtmatten gezeigt.

Der rechte Teil des Modells veranschaulicht die Pfeilersprengung im Kalkstein, wie sie beispielsweise in den Kgl. Kalksteinbrüchen Kalkberge-Müdesdorf üblich ist. Zwei aus dem Lagerhaften Gestein herausgearbeitete Pfeiler sind mit je zwei horizontalen Bohrlochern versehen, die mit Sicherheitsprengstoffpatronen von 40 Millimeter Durchmesser besetzt sind. Die elektrische Batterie steht bereit, diese Schüsse wegzutun und damit die Wand zum Einsturz zu bringen.

Alle an dem Modell verwendeten Patronen sind in Holz in ihrer natürlichen Farbe dargestellt. Die Sprengstoffe sind nur mit Gattungsnamen benannt; mit Absicht hat man die Bezeichnung der einzelnen Sorten Sicherheitsprengstoffe (Roburit, Carbonit usw.) weggelassen, denn es kam nur darauf an, die Art der Anwendung dieser Sprengstoffe zu zeigen, nicht für einzelne von ihnen Reklame zu machen.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

1. Mit der zunehmenden Macht der gewerkschaftlichen Organisationen und der fortschreitenden Konzentration des Kapitals werden die zwischen diesen beiden Faktoren zu führenden Kämpfe immer heftiger, umfangreicher und intensiver. Immer schärfer werden die zur Anwendung kommenden Waffen, und größer und mächtiger wird die Armee der gewerkschaftlichen Kämpfer, denen das solidarisch verbundene, gleichfalls an Macht gewinnende Unternehmertum gegenübersteht. Und in diesem Entwicklungsstadium des wirtschaftlichen Kampfes sehen wir das von den Gewerkschaften stets bekundete Bestreben, ausbrechende Differenzen möglichst auf gutlichem Wege beizulegen, seitens der Unternehmer mehr und mehr zur Anerkennung gelangen. Ueber den Umfang und die Bedeutung dieser sogenannten friedlichen Lohnbewegungen war bis vor drei Jahren, abgesehen von diesbezüglichen Erhebungen einzelner Organisationen, näheres nicht bekannt. Ein Versuch, die Statistik über die Streiks und Aussperrungen infolgedessen auszugestalten, daß sie auch Auskunft über die speziellen Errungenschaften, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw. gibt, ließ die Notwendigkeit klar erkennen, die Erhebungen auch auf die ohne Arbeitszeitverkürzung verlaufenden Lohnbewegungen auszudehnen. Für das Jahr 1904 hat die Generalkommission zuerst einen Bericht über Zahl, Umfang und Resultat der Lohnbewegungen veröffentlicht. Die Lohnbewegungen sind aber nicht etwas in sich abgeschlossenes, sondern sie sind als ein Teil der im wirtschaftlichen Kampfe zur Anwendung kommenden Mittel, in der Regel als Anfangsstadium eines sich entwickelnden Kampfes zu betrachten, der je nach den Verhältnissen und Umständen entweder ohne Opfer zu erfordern gutlich beilegt oder unter Aufwendung aller Kraft bis zur Erschöpfung einer der kämpfenden Parteien zu Ende geführt werden kann. Es ist deshalb auch notwendig, will

man ein klares Bild über die von den Gewerkschaften geführten wirtschaftlichen Kämpfe und deren Resultate gewinnen, daß eine zusammenfassende Darstellung über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen gegeben wird. Mit der bisher jährlich von der Generalkommission veröffentlichten Statistik über Streiks und Aussperrungen, die darauf zugeschnitten ist, einen Vergleich mit der unzuverlässigen amtlichen Streikstatistik zu ermöglichen, waren solche Erweiterungen nicht zusammenzufassen, weshalb die Statistik über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen auf Grund besonderer Berichterstattung seitens der Gewerkschaftsvorstände bearbeitet werden muß. Ist diese zweifache Berichterstattung zuweilen recht zeitraubend für einzelne Vorstände, so ist andererseits dadurch auch zu Irrtümern ein ziemlich weiter Spielraum geschaffen. Die Notwendigkeit, unsere Statistiken über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen zu vereinheitlichen, ist also vorhanden, und die Möglichkeit dazu wird geschaffen werden müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Vergleich mit der amtlichen Streikstatistik, dessen Zweck, die Nachprüfung der Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit der letzteren, als vollkommen erreicht zu betrachten sein dürfte, späterhin unmöglich werden sollte. Die amtliche Streikstatistik hat ohnehin im letzten Jahre eine solche Umgestaltung erfahren, daß ein Vergleich, wenn nicht unmöglich, so doch ungemein erschwert ist.

Zum Vergleich konnte man sich bisher der Tabelle II der amtlichen Streikstatistik bedienen, die Angaben über die örtliche und zeitliche Verteilung der einzelnen Streikfälle enthielt. Die Statistik für 1906 enthält nun in Tabelle I „Die einzelnen Streikfälle nach der Verteilung der Streikenden auf die Gewerkschaften“ dieselben Angaben wie früher Tabelle II, jedoch unter Fortlassung der Angaben über die zeitliche Verteilung der Streiks, d. h. Beginn und Ende der einzelnen Streiks ist nicht mehr angegeben. Ein für die Beurteilung des Ausgangs eines Streiks sehr bedeutsames Merkmal ist also aus der Statistik fortgelassen, die einzelnen Streiks ganz regellos untereinander gestellt und dadurch die Statistik noch wertloser gemacht, als sie ohnehin schon war.

Bei den Vorbemerkungen zur amtlichen Streikstatistik heißt es in einer Fußnote: „Den im Reichstage bei den Etablierungen ausgesprochenen Wünschen auf Einschränkung der statistischen Arbeiten ist im vorliegenden Jahresband dahin Rechnung getragen, daß das „Tabellenwerk“ dem praktischen Bedürfnis angepaßt ist, auch die „Erläuterungen und Berechnungen zu den Tabellen“ entsprechend eingeschränkt bzw. durch graphische Darstellungen ersetzt worden sind. Eine weitere Vereinfachung des Tabellenwerkes ist für das nächste Jahr in Aussicht genommen, um die Ergebnisse der Statistik auch schneller zu veröffentlichen.“

Daß das Reichsstatistische Amt sich bewilligt, den im Reichstage ausgesprochenen Wünschen auf Einschränkung der statistischen Arbeiten nachzukommen, verdient jedenfalls besondere Beachtung. Wir vermögen aber nicht einzusehen, daß aus diesem Grunde eine der hauptsächlichsten Angaben der Statistik fortgelassen werden mußte. Wir sind vielmehr der Meinung, daß verschiedene andre überflüssige Fragen, z. B. die bezüglich Kontraktbruch, hätten ausgeschieden werden können. Unsere seit mehreren Jahren an der amtlichen Streikstatistik geübte Kritik ist an den maßgebenden Stellen offenbar recht unangenehm empfunden worden. Anstatt einzusehen, daß ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften eine brauchbare Streikstatistik nicht zustande kommen kann, wird die Statistik noch unbrauchbarer gemacht.

In der Weltwirtschaft, II. Jahrgang, II. schreibt der bekannte bürgerliche Sozialreformer Dr. W. Zimmermann mit Bezug auf die amtliche Streikstatistik: „Sie liefert nur ein Bild der sozialen Anomalien im Ausgleichsprozess der widerstreitenden Lohn- und Arbeitsinteressen, und zwar ein Bild, das von Jahr zu Jahr um so einseitiger wird, je allgemeiner die organisatorische Regelung des Arbeitsvertrages auf dem Wege des paritätischen Verhandels ohne Kampf erfolgt.“ Und weiter: „Die wichtigsten Angaben über die zeitliche Ausdehnung der Arbeitskämpfe, über die Summe der verlorenen Arbeitstage (Manntage) fehlen in der amtlichen Statistik immer noch und müssen in der Streikstatistik der Generalkommission nachgeholt werden.“ So urteilen bürgerliche Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker über die amtliche Streikstatistik. Das Statistische Amt aber wird auf dem Wege der „Einschränkung der statistischen Arbeiten“ weiter schreiten und die Streikstatistik dem „praktischen Bedürfnis“ anpassen.

Mit der amtlichen Streikstatistik für 1906 ist für uns der Beweis erbracht, daß man in statistischen Amt die von uns bisher an der Statistik geübte Kritik als berechtigt und die von uns erbrachten Nachweise als zutreffend anerkennt, daß man jedoch den Mut nicht findet, dies einzusehen. Daß die amtliche Statistik insofern eine Verbesserung enthält, also sie bessere Nachweise über die Resultate der Streiks bringt, als bisher, soll gleichfalls hier Erwähnung finden. Diese Verbesserung verliert jedoch ebenfalls wieder sehr an Wert durch die Fortlassung der Angaben über Beginn und Ende der Streiks.

Für dieses Jahr sind unsere Statistiken noch in derselben Weise bearbeitet, wie im vorigen Jahre. In der vorliegenden Arbeit sind alle Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen so gezählt, wie sie die Organisationen angegeben haben. Es sind also Streiks, an denen mehrere Organisationen beteiligt waren, sibiernal gezählt, als beteiligte Organisationen in Frage kommen. Die Streiks und Aussperrungen sind deshalb an dieser Stelle nur insoweit berücksichtigt, als dies im Zusammenhang mit den ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen unumgänglich notwendig ist. Die besondere Statistik über Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906 erscheint demnächst in derselben Form wie bisher.

Im Jahre 1906 wurden in 8543 Fällen Forderungen gestellt. Unter diesen sind zu verstehen die Fälle, in denen die Arbeiter Forderungen bezüglich Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Unternehmer richteten, sowie auch die Fälle, in denen die Unternehmer Forderungen bezüglich Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an die Arbeiter stellten. In 110 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen. Von den verbleibenden 8433 Fällen fanden 4558 = 54,1 Proz. ihre Erledigung durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern oder durch stillschweigende Zugeständnisse seitens der Unternehmer, während es in 3875 = 45,9 Proz. der Fälle zur Arbeitseinstellung oder zur Aussperrung kam. Die gestellten Forderungen erstreckten sich auf 14 044 Orte und auf 62 780 Betriebe mit insgesamt 1 260 571 beschäftigten Personen, von denen 316 042 Personen oder 25 Proz. derselben an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren.

1906 wurden Forderungen gestellt: 5639 in 7609 Orten und 44 040 Betrieben mit zusammen 1 150 666 Beschäftigten. 2886 = 51,9 Proz. der Fälle wurden durch Unterhandlungen, also ohne Arbeitseinstellung erledigt und in 2604 = 46,9 Proz. der Fälle wurde die Arbeit eingestellt oder die Unternehmer sperrten aus. Die Zahl der an den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, sowie die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten war im Jahre 1906 bedeutend größer als im Jahre 1905, obgleich die Zahl der gestellten Forderungen und die Zahl der davon betroffenen Betriebe im Jahre 1905 wesentlich geringer war als 1906. Die Gesamtausgaben der Gewerkschaften für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betrugen im Jahre 1906 13 451 718 Mk. gegenüber 10 999 133 Mk. im Jahre 1905.

Im ganzen wurde 1906 durch Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen erreicht (die entsprechenden Zahlen für 1905 fügen wir in Klammern bei): Arbeitszeitverlängerung für 339 469 (186 363) Personen zusammen 1 248 119 (696 259) Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 691 703 (427 187) Personen zusammen 1 290 736 (885 311) Mk. pro Woche, Lohnaufschlag für Ueberstunden in 2246 (987) Fällen, Lohnaufschlag für Nacht- und

Sonntagsarbeit in 2109 (692) Fällen, Beseitigung der Akkordarbeit in 68 (119) Fällen, verbesserte Fabrik-, Bau- oder Werkstattordnung in 98 (43) Fällen, Maßregelung wurde abgewehrt in 149 (127) Fällen, sonstiges wurde erreicht oder abgewehrt in 2199 (1134) Fällen. Sämtliche Angaben beziehen sich sowohl auf das, was positiv erreicht, sowie auf das, was hinsichtlich verführter Verschlechterung abgewehrt wurde. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 2360 (1507) Fällen für 317 487 (257 791) Beteiligte.

Die Arbeitszeitverlängerung beträgt für jeden Beteiligten durchschnittlich 3½ Stunden pro Woche und kommt in dieser Beziehung das 1906 Erreichte dem 1905 Erreichten gleich, jedoch ist die Zahl der Personen, für die Arbeitszeitverlängerung herbeigeführt worden ist, um 82 Proz. gegenüber 1905 gestiegen.

Im einzelnen wurde hinsichtlich der Arbeitszeitverlängerung in den letzten beiden Jahren erzielt:

		1905	1906
		für Beteiligte	für Beteiligte
bis zu 1 Stunde	11 601	34 411	
über 1 bis 2 Stunden	20 092	29 421	
" 2 " 3 "	72 360	133 284	
" 3 " 4 "	7 111	16 710	
" 4 " 5 "	4 865	14 380	
" 5 " 6 "	36 922	77 251	
" 6 " 7 "	2 555	2 647	
" 7 " 8 "	674	998	
" 8 " 9 "	3 008	1 321	
" 10 "	286	246	
" 12 "	1 377	2 431	
" 14 "	30	120	
" 15 "	2 732	304	
" 18 "	6	713	
" 24 "	55	359	
" 28 "	280	613	
" 36 "	—	111	
		14	

Die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug 1905 für jeden Beteiligten pro Woche 2,07 Mk. Im Jahre 1906 blieb die durchschnittliche Erhöhung um 20 Pfg. pro Woche gegen das Vorjahr zurück, sie betrug 1,87 Mk., jedoch ist auch hier die Zahl der Beteiligten ganz wesentlich, und zwar um 62 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen. Ist also für den einzelnen Beteiligten eine Lohnerhöhung 1906 nicht in dem Maße erzielt worden wie 1905, so ist im ganzen das 1906 Erreichte doch weit bedeutsamer als die Resultate für das Jahr 1905. Im einzelnen stellen sich die Lohnerhöhungen in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

		1905	1906
		für Beteiligte	für Beteiligte
bis 50 Pfg.	9 324	15 032	
über 50 Pfg.	42 788	68 716	
bis 1.— Mk.	88 170	214 246	
" 1,50 "	91 351	150 980	
" 2.— "	40 011	54 392	
" 2,50 "	84 172	65 518	
" 3.— "	5 647	15 743	
" 3,50 "	9 218	15 087	
" 4.— "	5 322	5 724	
" 4,50 "	3 032	6 593	
" 5.— "	2 113	10 462	
" 5,50 "	1 864	3 635	
" 6.— "	47	294	
" 6,50 "	355	20	
" 7.— "	18	90	
" 7,50 "	210	87	
" 8.— "	27	59	
" 8,50 "	—	125	
" 9,50 "	3	71	
" 10,50 "	3	—	
" 11.— "	3	—	
" 11,50 "	42	21	
" 12,50 "	10	—	
" 16.— "	—	38	

Gegenüber diesen bedeutsamen Erfolgen, welche die Arbeiter aufzuweisen haben, ist aber festzustellen, daß auch die Unternehmer vereinzelt Erfolge erzielten, indem es ihnen gelungen ist, ihre auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen trotz des Widerstandes der Gewerkschaften durchzusetzen. Allerdings steht das, was die Unternehmer an Verschlechterungen durchzuführen vermochten, im traffen Mißverhältnis zu den Errungenschaften der organisierten Arbeiter. An Verschlechterungen sind eingetreten: Arbeitszeitverlängerung für 708 Personen zusammen 3881 Stunden pro Woche und Lohnreduzierung für 1122 Personen zusammen 2749 Mk. pro Woche, sowie für 976 Personen sonstige Verschlechterungen, welche infolge von Aussperrungen eingetreten sind. Für die davon Betroffenen sind diese Verschlechterungen jedenfalls sehr hat, kommen doch auf jeden Beteiligten etwa 5½ Stunden wöchentlich Arbeitszeitverlängerung und durchschnittlich 2,45 Mk. Lohnreduzierung. Bei den wiederholten Versuchen des Unternehmertums, durch Aussperrungen großen Stills die Gewerkschaften lahmzulegen, um die Ausbeutung um so ungehinderter betreiben zu können, sind diese Erfolge jedoch gänzlich bedeutungslos, weil nur ein kleiner Bruchteil der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter davon betroffen wird. Wenn man schon diesen Erfolgen eine Bedeutung beimessen will, so nur in dem Sinne, daß dadurch der Beweis erbracht ist, welche Mächtigkeit die Scharfmacher des Unternehmertums mit ihrer Aussperrungspolitik auch im letzten Jahre wieder gemacht haben.

Antwort.

In Nr. 43 des Steinarbeiter vom 26. Oktober 1907 hat es ein Kollege von Pirna für notwendig gehalten, der Zahlstelle Dresden eine Moralphause zu halten.

Wer der betreffende Kollege ist, kann man sehr leicht raten. Er hat vorsichtigerweise nicht den Mut gehabt, seinen Artikel mit seinem Namen zu decken. Ich will zunächst den Brief veröffentlichten, welchen der betreffende Kollege an mich gerichtet hat in dieser Angelegenheit. Er schreibt: „Die Frau des verstorbenen Kollegen hat mir die Karte übermittelt, die Deine Absage enthält, daß Ihr die Beerdigung nicht zu übernehmen gedenkt. Du verweist die Frau an Pirna. Ich habe Dir darauf mitzuteilen, daß Dresden verpflichtet ist, die Träger zu stellen; in Dresden hat der selbe zuletzt bezahlt, ergo... Es ist eine Pietätlosigkeit sondergleichen, einer Frau eine derartige Antwort zu schreiben. Seit wann hat denn Dresden überhaupt in solchen Angelegenheiten eine Grenze um ihren Lokalbereich gezogen? Wir werden es jedenfalls darauf ankommen lassen, ob wirklich in Dresden keine Scham mehr vorhanden ist.“

Eine Antwort zu geben auf diese dreiste Anrede, habe ich nicht für notwendig erachtet, dagegen habe ich zitierten Brief der Ortsverwaltung vorgelegt. Diefelbe hat mein Verhalten in dieser Angelegenheit als korrekt betrachtet. Wie liegt nun die Sache: Ein Kollege hat im Jahre 1906 19 Wochen in Dresden gearbeitet. Derselbe wurde im November krank und ist nicht wieder zum arbeiten gekommen. Er war in Pirna anfällig und hat laut seiner Organisationsbücher eine ganze Reihe von Jahren in Pirna und Neundorf gearbeitet. Die Pirnaer Kollegen haben ein ganzes Jahrzehnt, vielleicht noch länger, mit dem Verstorbenen zusammengearbeitet und hielten es nicht für notwendig, ihm das letzte Geleit zu geben. Man besann sich eiligst, daß ja der Kollege einmal in Dresden gearbeitet hat und nun die Dresdner Kollegen dazu verpflichtet sind.

Der Kollege schreibt von Pietätlosigkeit. Wo ist dieselbe zu finden? Jedenfalls nur bei den Pirnaer Kollegen. Das Begräbnis war Sonntags, die Pirnaer Kollegen brauchten auch nicht das geringste Opfer zu bringen, wohingegen die Dresdner ungefähr 20 Kilometer mit der Bahn fahren mußten, von der Zeit, welche es beansprucht, gar nicht zu reden. Man wundert sich einfach über eine derartige Zumutung, welche hier an Dresden gestellt wird.

Wir haben es immer so gehalten, wenn in Dresden ein Kollege stirbt und der Vertrauensmann wird benachrichtigt, so wird derselbe von uns beerdigt, unbekümmert, ob derselbe lange oder nur eine kurze Zeit in Dresden gearbeitet hat.

Es ist bis heute noch nicht vorgekommen, daß wir Dresdner gesagt haben, der Kollege hat bei euch eben zuletzt gearbeitet, ihr müßt das Begräbnis bezahlen. Wir haben das immer für ganz selbstverständlich gehalten.

Dem Pirnaer Schreiber hat es ferner die Dresdner Grenze angetan. Er scheint sich gar nicht darüber hinwegsehen zu können, daß wir bösen Dresdner nicht das Pirnaer Gebiet mit einverleibt haben. Kollegen, welche in Dresden gearbeitet haben, sterben nicht bloß in Pirna, sondern noch in vielen andern Städten. Wo soll das nun hinführen, wenn wir überall eine Deputation hinschicken sollen? Daß das nicht angeht, muß ohne weiteres ein jeder einsehen.

Im vorigen Jahre ist in Buzlau auch ein Kollege gestorben, welcher zuletzt in Dresden gearbeitet hatte. Den Buzlauer Kollegen ist es nicht eingefallen, von Dresden eine Deputation zu verlangen, daß kann ja auch nur in Pirna passieren. Ich bin allerdings der festen Ueberzeugung, daß der größte Teil der Pirnaer Kollegen mit den Ausführenden des Artifelschreibers nicht einverstanden ist. Es wäre das ja ein großes Armutszeugnis der Pirnaer Kollegen, wenn sie alle dieser Ansicht huldigten. Hat man denn in Pirna weiter nichts zu tun, als wie aus einer derartigen Lappalie eine so große Staatsaktion zu machen? Es ist auch nicht richtig, daß man derartige unbedeutende Eingriffe in die örtlichen Verhältnisse der Zahlstelle im Steinarbeiter publiziert. Es mußte die Taktlosigkeit des Kollegen von seiten der Redaktion zurückgewiesen werden.

Dresden, den 28. Oktober 1907.

R. Seidel.

NB. Gäßen wir den Artikel in Nr. 43 nicht aufgenommen, dann wäre wieder der Vorwurf erhoben worden, wir unterdrückten die Meinungsfreiheit. Nachdem aber nun Kollege Seidel eingehend auf die Darstellung des Artifelschreibers in Nr. 43 erwidern konnte, erklären wir, daß in dieser Sache weitere Einsendungen nicht mehr aufgenommen werden.

Redaktion.

Korrespondenzen

Kirchberg. Am 20. Oktober tagte im Gasthause Tiboli unsere Mitgliederversammlung, welche sehr schlecht besucht war. Der Kassierer Kollege Meyer gab die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Es war eine Einnahme von 1634,81 Mk., der eine Ausgabe von 1202,46 Mk. gegenübersteht. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ferner wurde Klage geführt über die Versammlungsschwänzerie. Hauptsächlich sind es die Kollegen, denen es am meisten nottut, die Versammlungen zu besuchen. Wenn sich die Mitglieder gegenwärtigen, daß der Winter vor der Tür steht und vielleicht noch mancher am Hungertuche zu nagen hat, dann möchten wir euch zurufen, gehet hin in die Versammlung, damit ihr euch aussprechen könnt über die herrschenden Mißstände. Kollegen, beim Streit im Frühjahr haben wir schöne Erfolge erzielt; sollen uns die durch die Laueheit einiger Kollegen wieder verloren gehen? Wie mußten damals die Unternehmer die geschlossene Macht unferseits fühlen, der Erfolg war auch unser. Und jetzt auf einmal eine solche Laueheit in Verbandsfragen. Kollegen bessert euch in Zukunft.

Döhsenburg. Am 26. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt. Während aus dem ganzen Distrikt die Kunde kommt, daß die Kollegen ein lebhaftes Interesse an allen wirtschaftlichen Vorkommnissen an den Tag legen, ist hier davon nichts zu merken. Im Gegenteil, hier werden die Versammlungen geschmäht und dabei Vergnüungen nachgegangen. Wenn man doch bedenkt, daß hier noch Löhne von 1,50 bis 2 Mark pro Tag im Winter und im Sommer höchstens 4 Mark pro Tag bezahlt werden, so ist doch anzunehmen, daß ein Familienvater bei den teuren Lebensmitteln nicht in der Lage ist, sich und seine Kinder nur halbwegs anständig zu ernähren. Alle Versuche, jene Anführer zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, scheiterten an den nichtszagenden Worten: „Es hat ja doch keinen Zweck“, oder: „Es kostet zuviel Geld.“ Man zieht es lieber vor, den Curra- und Mimbi-vereinen anzugehören, um bei dem Unternehmer Lieb Kind zu sein. Auch sollte am 22. September in Pfaffenhofen zum zweitenmal eine Versammlung stattfinden, in der Kollege Braun sprechen sollte; trotzdem die Steinarbeiter mittels Zirkulars eingeladen waren, sind sie einfach weggeblieben. Der Steinbruchsbesitzer Burer-Maulbronn erklärte, wenn sie sich dem Verbände anschließen, mache er die Bude zu, und die Kollegen haben sich auf dieses hin ins Bockshorn jagen lassen. (Das nennt man Ausübung des Koalitionsrechts, dabei ist Herr Burer königlicher Hoffmeister.)

Regensburg. Am Sonntag, den 27. Oktober, tagte im Restaurant Wittelsbach unsere Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Der Vorsitzende Kürzinger referierte über Streiks und Lohnbewegungen. In der Diskussion wurde besonders die Sperre über Kappelberg besprochen. Es wird um Auflöfung gebeten, da die Firma in hiesigen Blättern durch große Annoncen Steinarbeiter sucht und hier Arbeitslosigkeit herrscht. Weiter wurde mit Freuden begrüßt, daß die Kopsbacher Zahlstelle so emporblühe und wir rufen deshalb den dortigen Kollegen zu: Rührt so fortzuarbeiten, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer schwarzen Oberpfalz zu erkämpfen. Kollege Bauer betonte, daß sich die Bodensteiner Kollegen unserer Organisation anschließen, obwohl von den Christlichen rege Agitation getrieben wird. Es wurde darauf ein Antrag gestellt, daß von der hiesigen Zahlstelle aus Agitation getrieben wird. Der vom Kassierer gegebene Kassenbericht des 3. Quartals wurde als musterfähig anerkannt. Unter Verschiedenem wurde auch die Wahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse der Bauhandwerker besprochen, welche am 27. Oktober stattgefunden hat. Unsere aufgestellten Vertreter der freien Gewerkschaften siegten mit großer Majorität über die Christlichen.

Mitten (Westfalen). Seitdem hier die Christlichen elliche Mann organisierten, da nehmen die Verhältnisse der Steinarbeiter Mittens eine ganz andre Wendung. Es ist kaum zu glauben, was sich die Firma Bergthal alles erlaubt. Nicht genug damit, daß dieselbe uns den Vertrag gekündigt hat, wonach es pro Stunde 60 Pfg. gab, nein, er (Bergthal) brachte es auch fertig, noch andre Verschlechterungen einzuführen. Weiter hatten die Steinwerke kürzlich einen Konflikt mit der betreffenden Firma wegen den Akkordpreisen. Es kam zur Niederlegung der Arbeit. Nachdem nun von seiten des Geschäftsführers Sauerborn erklärt worden war, daß die betriebl. Stille, um welche es sich handelte, in Goest gemacht werden sollten, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf, aber was geschah? Sämtlichen Kollegen wurde gekündigt. Später sprach sich der Herr Sauerborn aus, gekündigt wird allen, nur wer uns gefällt, den behalten wir nachher wieder. Nun wäre dies das schlimmste an der Sache noch nicht, das die Ende kommt nach. Als letzten Sonnabend Zahltag war, erhielten alle Kollegen 1 Mark Strafe. Selbstverständlich sagte sich nun Herr Berge-

thel, die Seker müssen besonders schwer bestraft werden, und so erhielt unser Kollege Gerhardt Richter 1.50 Mark Strafe, wahrscheinlich wegen seines Auftretens der gerechten Sache halber. Es ist aber doch bezeichnend, daß die christlichen Gewerkschaftler sich der Sache in keiner Weise annahmen, wiewohl auch ihre Mitglieder davon betroffen wurden. Wir von unserer Seite aus hatten darüber recht erregte Debatten in unseren Versammlungen. Als die Christlichen eine Mitglieder-versammlung abhielten, wozu unsere Kollegen Koch und Wirth eingeladen waren, wurde den beiden Kollegen von dem Gauleiter der Christlichen der Bescheid zuteil, daß sie hier nichts zu suchen hätten, worüber sich zwischen Wirth und Werner (christlicher Gauleiter) eine lebhafte Debatte entspann. Dann wurden Koch und Wirth aufgefordert, in die christlichen Reihen überzutreten, unsere Leute gaben ihnen eine derbe Antwort dafür. Wenn die Christlichen denken, wir sind ihrer schönen Verdrehungskünste wegen zugleich zur Gefinnungsumperlei bereit, dann sind sie auf dem Holzwege.

Rundschau.

Ein Hofrat bei den Gewerkschaften. Das „sozialdemokratische“ Gewerkschaftskartell in dem schwäbischen Städtchen Kaufbeuren veranstaltete dieser Tage einen Vortrag über „Volksschulung“. Als Gast war auch der rechtskundige Bürgermeister der Stadt, Hofrat Stumpf, erschienen, der den Vortrag begrüßte und um die moralische Unterstützung auch des Gewerkschaftskartells hat bei seinem Bestreben, für die Stadt eine allgemeine Volksschule zu errichten, was schon einmal an dem Willen der bürgerlichen Stadträte gescheitert sei. Bildung mache frei, das sei seine (des Hofrats) Ueberzeugung. Auch hat der Bürgermeister die Arbeiterschaft um ihre Unterstützung bei der Durchführung einer Verbesserung der Kleinwohnungsverhältnisse, nachdem ihn in solchen Fragen das bürgerliche Ratkollegium im Stiche lasse.

Späte Einsicht. Zu einer für Arbeitgeber wertvollen Erkenntnis ist in Magdeburg ein Unternehmer gekommen, der dort bis vor kurzem Inhaber eines Betriebes in der Metallindustrie war. Der Betrieb ist eingegangen. Vor zwei Jahren sperrte dieser Mann seine Arbeiter aus, weil diese die Zumutung von sich wiesen, auf einen vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrag zu verzichten und eine Arbeitsordnung zu unterschreiben, die wesentliche Verschlechterungen enthielt. Der Unternehmer siegte. Aber was hatte er von dem Sieg? Hören wir ihn selbst: „Die damalige Geschichte hat mich um alle guten Kräfte gebracht. Trotzdem ich Aufträge genug hatte, konnte ich keine befriedigende Arbeit leisten, so daß die Aufträge immer mehr zurückgingen. Hätte ich tüchtige Leute wie Bureel und Besold gehabt, hätte ich glänzend bestehen können.“

Die Geschichte sei allen aussperrungslustigen Arbeitgebern zur Beachtung empfohlen!

Die Minister bei den Unternehmern. Anlässlich der Tagung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller fand am 29. Okt. in Berlin ein Festmahl statt, an dem teilnahmen der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg, der Handelsminister Dr. Delbrück, Eisenbahnminister Breitenbach und andre hohe Beamte. Nach einem Kaiserhoch des Vorstehenden, Gürtelbesitzer Popelius, begrüßte Geheimer Kommerzienrat Kirsdorf die Ehrengäste und behaupte, daß Finanzminister v. Rheinbaben durch dienstliche Obliegenheiten zurückgehalten sei. Kirsdorf betonte in seiner Rede die Notwendigkeit der Geschlossenheit innerhalb der Industrie, besonders des geschlossenen Kampfes gegen die Umsturzparteien. Der Umsturz gehe nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von anderen Arbeiterorganisationen aus, deren Zweck sei, Feindschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu säen. Diesen Bewegungen gegenüber den Herrenstandpunkt gewahrt zu haben, sei nach ihrer Ueberzeugung richtig gehandelt. Die Leiter der Industrie nähmen keine andre Stellung ein, als daß sie die ersten Beamten der Industrie seien. Mögen die Vertreter der Regierung überzeugt sein, daß die Vertreter der Industrie es für nötig gehalten haben, wenn sie dem sozialen Drama nicht folgten, und daß sie bemüht seien, die Lebensfähigkeit der Industrie zu erhalten.

Handelsminister Dr. Delbrück erwiderte im Namen des Finanzministers und führte aus, daß die Regierung sich nicht in den Bann von Kirsdorfs Anschauungen zwingen zu lassen brauche. Der Finanzminister müsse nicht nur der Industrie, sondern auch den Arbeitern ein treuer Berater sein. Delbrück schloß: Die Verhandlungen haben gezeigt, daß der Zentralverband auf sozialer Grundlage nicht verneinen will, sondern geben. Streit ist nur über das Maß. Daß Kirsdorf sagte, wir wollen die Herren im Hause bleiben, hat in der öffentlichen Meinung mehr geschadet, als manche bittere Tat. Es liegt jedem Unternehmer fern, ein mittelalterliches Herrtentum gegenüber den Arbeitern aufzustellen, es liegt uns fern, den freien Willen zu beschränken, auch wenn es sich um unsere Arbeiter handelt. Wir wollen Kameraden unserer Arbeiter sein. Dann wird die deutsche Industrie nicht nur als Industrie groß sein, sondern auch in der Achtung aller Parteien des Vaterlands und auch in der Achtung des Auslands.

ssc. Bodenwertsteigerung und Bodenmonopol. Ein interessantes Beispiel von Bodenwertsteigerung gibt Dr. Siegmund Schott, der Direktor des Mannheimer Statistischen Amtes, in seinem Werke: Mannheim seit der Gründung des Reiches 1871—1907. Es handelt sich dabei um ein großes, außerhalb des eigentlichen Stadtbereiches gelegenes Gelände, das sogenannte Gontardsche Gut. Dieses 92 802 Quadratmeter große Gut war seit dem Jahre 1853 im Besitze der Evangelischen Kolonie in Mannheim gewesen, von der es im Jahre 1890 ein reicher Kommerzienrat für eine knappe halbe Million, d. h. also den Quadratmeter für 5,28 Mark abkaufte. Der rührige Geschäftsmann leitete sofort die Anschließungsarbeiten ein, und binnen drei Jahren war nahezu das ganze Terrain in die zweite Hand, nämlich an 27 neue Besitzer übergegangen, die dafür einen Durchschnittspreis von 22,38 Mark pro Quadratmeter zahlten. Die Aufteilung ging nun weiter vor sich, und im Jahre 1895 waren in der dritten Hand 102 Besitzer vorhanden, die für das durch Straßenbauten allerdings um fast 30 Prozent verringerte Terrain durchschnittlich 34,71 Mark pro Quadratmeter gegeben hatten. Der Parzellierung folgte die Bebauung rasch auf dem Fuß, und heute ist aus dem Gontardschen Gut ein neuer Stadtteil von 6000 Einwohnern geworden, dessen Boden natürlich ständig weiter an Wert gewinnt.

Wir haben hier also eine Bodenwertsteigerung im Laufe von fünf kurzen Jahren von 5,28 Mark pro Quadratmeter auf 34,71 Mark oder um mehr als das Sechsfache, wobei allerdings die erwähnte Reduktion des Terrains und der Uebelstand für Straßenherstellungen in Betracht zu ziehen ist. Geschaffen ist dieser Wert in erster Linie von den heutigen Bewohnern der Grundstücke; monopolisiert und zum Teil schon vorweggenommen wurde er von den jetzigen und früheren Besitzern derselben.

S. Die gesicherte Existenz bis ins Alter. Beim tgl. Forstamt Altdorf bei Nürnberg ist ein 76 Jahre alter Waldarbeiter jetzt 50 Jahre im Dienst; 50 Jahre lang hat der Mann für ein

paar lumpige Pfennige Winter wie Sommer, bei Wetter und Wind für den bayerischen Staat seine Knochen zu Markte getragen. Jetzt wurde dem Mann unter Anerkennung seiner langen Dienstzeit ein anständiges Ruhegehalt gewährt — sollte man als lokaler Patriot meinen! Es ist aber anders! Dem alten weißbärtigen Staatsarbeiter wurde dieser Tage gesagt, daß er nun recht alt sei, das nicht mehr leisten könne, was er früher geleistet habe, er bekomme nun in Zukunft statt 2,20 Mk. (der ortsübliche Tagelohn) nur mehr 1,80 Mk. Lohn, und er dürfe noch weiterarbeiten.

Die Frucht dieser aufreizenden Tat des tgl. Forstamts zeigte sich bereits am vergangenen Sonntag: Die Waldarbeiter dieses Bezirks haben beschlossen, eine Organisation der bayerischen Waldarbeiter zu gründen, und zwar im Anschluß an die freien Gewerkschaften. Fast sämtliche Teilnehmer an einer zu diesem Zweck von den freitragenden Arbeitern in Feucht einberufenen Versammlung meldebten demonstrativ ihren Beitritt zu dieser neuen Organisation an.

Nr. 1 der Streifbrecherzeitung ist in Stuttgart erschienen. Als „Ziel“ der „Gelben Partei“ wird darin angegeben Ausöhnung zwischen Arbeiter, Unternehmer und Bürger, Unterstützung der gelben Bestrebungen, jedem ehrlichen Arbeiter durch seine Arbeit zu Eigentum und Besitz zu verhelfen, Bekämpfung der sozialdemokratischen Verhöhnung und Klassenkampftheorie.

Wenn der Kampf, der eigens gegen die Sozialdemokratie gegründet Gesellschaften und Zeitungen, erst unter einander losgehen wird, so kann die Sache ja gut werden.

Gewerbegerichtswahl. Bei der Gewerbegerichtswahl in Mez siegte die Liste der freien Gewerkschaften. Sie erhielt 428 bis 433 Stimmen. Die Christlichen und die mit ihnen verbundenen Lokalorganisierten erzielten nur 170 bis 173 Stimmen. Mez ist bekanntlich eine florierende Hochburg, die Niederlage der Schwarzen ist deshalb doppelt schmerzhaft.

Zentralherberge in Nürnberg. Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Nürnberger Gewerkschaften gelungen, eine Zentralherberge zu errichten. Das alte Patrizieranwesen zum historischen Hofe wurde gepachtet und zu einer Zentralherberge und zu einem gemeinsamen Verkehrslokal der Gewerkschaften umgewandelt. Am 24. Oktober wurde die Herberge dem Betrieb übergeben. Es sind vorläufig 60 Betten eingerichtet, die Bettenzahl kann auf das Doppelte erhöht werden. Die 60 Betten sind in 24 Schlaffälen und Einzelzimmern, die durchweg hell, luftig und geräumig sind, untergebracht. Die Herbergsräume sind elektrisch beleuchtet. Der Preis für Ueberrachten ist auf 40 Pfz. festgesetzt, Wälder und Desinfektion der Kleider inbegriffen.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Allgemeine Bekanntmachungen.

Gätsch bei Bismarck (Sachsen). Eruche die Vertrauensleute aller Zahlstellen, dem Steinarbeiter Fritz Theodor Hennig, geboren am 22. Dezember 1886 zu Dresden, keine Karte oder Buch auszustellen, da sein Buch hier ist und er auch stark im Kest steht. Verbands-Nr. 38179. Friedrich Klöden, Vertrauensmann.

Sulzern bei Münster (Oberelsaß). Der Steinmetz Heinrich Bauer mag seine Adresse an mich gelangen lassen. May Leitzl, Steinmetz.

Würzburg (11. Gau). Kollegen, welche zurzeit außerhalb in Arbeit stehen, und beabsichtigen, in nächster Zeit in die Heimat zurückzukehren, werden ersucht, soweit der 11. Gau, Würzburg, in Frage kommt, sofort ihre Rückkehr mit Adresse bei mir anzumelden. Insbesondere gilt dies für die Kollegen, welche in Orte zurückkehren, in denen unser Verband noch nicht Fuß fassen konnte. Hans Mittenmeier, Gauleiter, Fabrikstraße 27.

Kirchhausen. Der Steinmetz Fritz Palm ist von hier abgereist und hat seine zweite Interimskarte in Unordnung hier liegen lassen. Ich ersuche die Vertrauensleute, demselben nicht noch eine dritte auszustellen, bis er hier seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Ludwig Schürzinger, Kassierer.

Striegau. Reiseunterstützung wird nur abends, von 6—8 Uhr im Bureau, Bahnhofstr. 11, S. 1., ausbezahlt.

Chemnitz. Die Reiseunterstützung wird am Tage auf dem Wertplatz Richter, Annaberger Straße 252, nach Feierabend Kantstraße 52, II., vom Kassierer Bruno Reichold, ausgezahlt.

Neue Zahlstellen.

Hersford (6. Gau). Vorl.: Heinrich Franken, Neustadterfeldmarkt 27. Kass.: August Brendel, Bergtormauer.

Kupferdreh i. Westf. (7. Gau). Johann Baroletti, Vosnaken bei Kupferdreh Nr. 66. Kass.: Karl Busch, Hauptstr. 103 1/2.

Adressen-Änderungen.

Lutter. Vorl.: Wilhelm Uebe.

Alt-Warthau I. Kass.: Jakob Schmitz.

Kaiserslautern. Vorl.: Wilhelm Probst, Winterstr. 8.

Rosenburg (Lauber). Vorl.: Heinrich Scheck, Gartershofen.

Aue (Erzgebirge). Kass.: Ernst Dörfelt, Nordstraße 2.

Sildesheim. Vorl. und Kass.: Fritz Röder, Lappenberg 20.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 21. bis mit 26. Oktober. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankenz- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

- Delbe, B. 4,40; Jever, B. 5.—; Neufreilich, B. 4,95; Obenbach, B. 45,54; Oberdorla, E. 0,50, K. 4.—; Lutter, B. 25,20, E. 0,50, K. 0,40, M. 5,40; Knittlingen, B. 59,66, E. 0,50, K. 2,60, X. 10.—;
- Karlshöhe, B. 184.—, K. 19,40, M. 0,35, X. 50.—; Danzig, B. 45,54; Düsseldorf I, B. 184.—, E. 10.—, K. 10.—, M. 0,35, X. 100.—;
- Berneck, B. 147,84, E. 4,50, X. 30,50; Bremen, B. 230.—, X. 73.—;
- Möbling, B. 32,20, E. 12,75, X. 55.—; Altteiningen, B. 109,20, E. 6,50, K. 22,50, M. 0,80, X. 50.—; Amkirchen, B. 22,80, E. 20.—, M. 0,20; Bradwebe, X. 22,50; Nauberg, B. 295,68, E. 8,50, K. 3,70, M. 1,20, X. 148.—; Brudmühl, B. 168.—, E. 3,50, K. 10.—, M. 0,35, X. 47,50; Kolmar, B. 184.—, E. 13.—, K. 11.—, M. 1,60, X. 100,50; Gramwinkl, B. 92.—, X. 3,50; Gäßelich, B. 44,10, E. 4.—, K. 1,20, X. 2.—; Kirchheim, B. 98,90, E. 3.—, K. 3,90, X. 30.—; Kirchhausen, X. 22.—; Lüneburg, B. 69,30, E. 1.—, K. 3,20, X. 18.—; Leonbronn, B. 57.—, M. 1,50, X. 15.—; Offenbach, B. 138.—, K. 5.—, M. 0,65, X. 33,50; Rimbach, B. 112.—; Seeburgen, B. 42,32, K. 1,90, X. 16.—; Sulzern, B. 76,82, E. 3,50, K. 1,40, M. 6,60, X. 29.—; Schöndorf, B. 16,38, E. 1,50, K. 2,70, M. 0,40, Ab. 0,65, X. 34.—; Ebenstetten, B. 396,68, E. 3,50, K. 8.—; Rönth, B. 10,10; Greifswald, B. 4,40; Weitenstein, Ab. 2.—; Hochberg, E. 0,25; Kupferdreh, B. 2,30, E. 3.—; Seckmarn, B. 83,58, K. 17,10, M. 0,40, X. 57.—; Neufkirchen, B. 62,58, K. 1,30, X. 26.—; Halle, B. 52,90, E. 2,25, X. 78.—; Freiburg, B. 460.—, M. 2,35, X. 247.—; Altenglan, B. 190.—, K. 0,30, X. 28.—; Rempten, B. 8,80; Rienburg, B. 1,70; Barel, B. 7,30; Herrnstadt, B. 2,15; Harburg, B. 46,50; Görlitz, B. 276.—, E. 5.—, K. 10.—, M. 0,50; Geirees, B. 109,20, K. 0,80; Hamburg II, B. 46.—, E. 5,75, K. 9,10, M. 1,40; Hodenan, B. 24.—; Mittweida, B. 96.—, X. 3,50; Pöfen, B. 92.—, K. 4.—, X. 85.—; Reinheim, B. 40,48, E. 3.—, K. 1.—, M. 0,65, X. 49,50;

- Wünschelburg, B. 274,16, E. 2.—, K. 7,60, X. 158.—; Wilbemann, B. 103,74, K. 0,70, X. 7,50; Wiesbaden, B. 4,60, E. 0,75, M. 0,66;
- Hensbach, B. 21.—, X. 10.—; Gerdecke, B. 230.—, K. 18,30, X. 50.—; Gendorf, B. 173,62, E. 6.—, K. 0,70, M. 2.—, X. 23.—;
- Droyßig, B. 25,20, K. 1,30; Leer, B. 10,50; Kellheim, B. 57,96, K. 10.—; Kürnbach, B. 190.—; Kaiserhammer, B. 84.—, E. 3.—, K. 1,40, X. 48,50; Mainz, B. 276.—, K. 19,90, (3. Rate) 36.—;
- Ober-Weilau, B. 306,60, E. 11,50, K. 3,30, X. 56,50; Oppach, B. 525,36, E. 10,50, K. 4.—, X. 174.—; Sparnack, B. 73,34, K. 1,30, X. 17.—; Sprockhövel, B. 92.—; Witten, B. 46.—, X. 50.—; Merane, B. 3,40.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Magdeburg. Der Bericht war doch zu unwesentlich. — **Vahrenth.** Wird später veröffentlicht. Besten Gruß. — **Arnstadt.** Der Betreffende wohnt Leipzig, Bayerische Straße 27, Seitengebäude II. — **Schmalldalen.** Bezüglich der Sperre über den Betrieb B. warte ich den Bericht der Versammlung ab. Es scheinen dort recht nette Zustände zu herrschen. — **Langenaltheim.** Wird selbstredend aufgenommen. Besten Gruß. — **Altenhagen u. Bilgramsreuthen.** Wenn wir alle die Steinarbeiter veröffentlichten wollten, dann müßten wir für diese Elemente eine besondere Spalte im Verbandsorgan reservieren. Einer solchen Ehre sind diese Menschen doch kaum wert. — **Braunschweig.** Das Schriftverzeichnis ist direkt von der Vorwärtsbuchhandlung, Berlin SW, Lindenstr. 68, zu beziehen. — **Nürnberg.** Wir müssen solche Bekanntmachungen ablehnen. — **Arnstadt.** Deine Vermutung ist richtig.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinarbeiter von Kaiserslautern u. Umgeg.

Am Sonntag, den 3. November, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal Zur Burg eine

Mitgliederversammlung

statt mit der Tagesordnung: 1. Unsere Pflichten der Organisation gegenüber im bevorstehenden Winter. 2. Unsere gegenwärtige Lage. 3. Verschiedenes.

Als Referent erscheint Gauleiter Kollege Kraft. Es ist Pflicht eines jeden Steinarbeiters, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Vorstandschaft.

Zahlstelle Demitz-Thumitz.

Freitag, den 8. November, abends Punkt 6 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof zu Neu-Schmölln.

Tagesordnung: 1. Kasienbericht. 2. Fachpresse. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vertrauensmann.



Albert Baumann

Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende
gratis.
Lieferung sofort!

Umfassendes Fachwissen

im Hoch- und Tiefbau sowie im Stukkateur- und Steinmetzberuf erlangt man durch die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Ansichtssend. über jedes einzelne Unterrichtsfach. Prosp. u. Anerkennungsschr. grat. u. fro.

Bonnesh & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Spezialhaus für Berufskleidung

— Eigene Anfertigung —

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.

Zadetts, Gosen

Emil Keidel, Hamburg 6

— Bartelsstraße 101. —

Tüchtige Maschinen- und Handchleifer

finden dauernde Beschäftigung.

Granit- und Diabas-Werk Baumholder

Bahnstation Heimbach (Rhele).

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

- Berlin II.** Am 11. Oktober verstarb im Alter von 55 Jahren unser Kollege **Adolf Ihmig** am Herzschlag.
- Dresden.** Am 25. Oktober verschied im Alter von 37 Jahren unser Kollege **Hermann Paul Däumig** an der Lungentuberkulose.
- Reuzingen.** Am 17. Oktober starb nach 17 wöchiger Krankheit unser Kollege **Joseph Kübler** im Alter von 31 Jahren.
- Kirchberg.** Am 24. Oktober verstarb an der Lungenschwindsucht unser Kollege **Richard Liebhold** im Alter von 24 Jahren.
- Rebra.** Am 25. Oktober starb im Alter von 38 Jahren unser Kollege **Bernhard Ciliax** an der Lungenschwindsucht.
- Unsen.** Am 19. Oktober verschied im Alter von 36 Jahren unser Kollege **Wilhelm Nolte** an der Kehlkopfchwindsucht.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.

Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Versuche mit Schutzbrillen und Respiratoren.*

Die meisten gewerblichen Berufsvereinigungen verpflichten in ihren Unfallversicherungsbedingungen die Arbeitgeber, bei Arbeiten, welche geeignet sind, die Augen oder Atmungsorgane zu gefährden, die Benutzung von geeigneten Schutzmitteln anzuordnen und diese den Arbeitern zu liefern; von letzteren wird dann verlangt, daß sie die Schutzmittel benutzen. Den Arbeitgebern wird also überlassen, unter den zahlreichen Formen von Schutzbrillen, Schutzmasken und Respiratoren diejenigen auszuwählen, welche bei der betreffenden Arbeit einen wirksamen Schutz geben. Diese Wahl ist gewöhnlich nicht leicht, denn die wenigsten Arbeitgeber können mit vielen Arten von Schutzmitteln Versuche machen, um die geeignetste Form herauszufinden; meistens wird der Unternehmer sich auf die Empfehlung der Fabrikanten und Händler solcher Schutzmittel verlassen müssen und dann nicht selten eine unrichtige Auswahl treffen. Es gibt keine Normalschutzbrille und keinen Normalrespirator, die für alle Arbeiten passen würden. Aus diesen Gründen finden sich häufig ungeeignete Schutzmittel in der praktischen Verwendung, und es ist dann nicht zu verwundern, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die angelegte Schutzbrille oder den Respirator für wertlos ansehen und die Arbeiter sich vielfach weigern, das Schutzmittel zu benutzen. Es ist daher dringend notwendig, daß praktische Versuche über die Brauchbarkeit solcher Mittel für die verschiedenen Arbeiten angestellt und die Ergebnisse bekannt und befolgt werden.

Für die Schutzbrillen und Schutzmasken ist eine wesentliche Klärung der Verhältnisse durch ein Preisauschreiben herbeigeführt worden, welches der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen im Jahre 1897 erließ und das den Zweck hatte, besonders brauchbare Konstruktionsformen von Schutzbrillen zu erhalten. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbes und die bei der Prüfung der eingesandten Schutzbrillen gemachten Erfahrungen sowie überhaupt die ganze Schutzbrillenfrage wurde von H. Sartmann und Dr. Villaret in einer in Karl Seymanns Verlag 1900 erschienenen Schrift eingehend behandelt. Hierdurch ist für den Standpunkt der Frage in diesem Jahre eine Klärung geschaffen worden. Inzwischen wurden weitere Erfahrungen gesammelt, andre Formen von Schutzbrillen in den Hand I gebracht, so daß eine erneute Bearbeitung nicht überflüssig wäre. Für die Respiratoren ist leider trotz wiederholter Anregung eine eingehende Bearbeitung der für ihren Bau und ihre Verwendung wichtigen Gesichtspunkte noch nicht erfolgt.

Es ist daher dringend zu wünschen, daß baldigst praktische Versuche angestellt werden, wie sie die Lager-Verufsvereinigungen für einen Einzelfall kürzlich durchgeführt hat. Dieser Berufsvereinigungen war die Frage vorgelegt worden, welche Art Schutzbrillen und Respiratoren sich als Schutz für Augen und Atmungsorgane gegen den beim Ausladen von Getreide entstehenden Staub am besten bewährt haben. Eine Umfrage bei einer größeren Anzahl von Betrieben führte zu keinem befriedigenden Ergebnis; es ergab sich, daß zweckmäßige Schutzmittel der genannten Art nicht bekannt waren und die Arbeiter daher entweder die ihnen zur Verfügung gestellten Schutzmittel gar nicht benutzen oder sich durch nasse Schwämme, Lächer und dergleichen zu schützen suchten. Auf eine Anregung des Reichsversicherungsamtes hat die Lager-Verufsvereinigungen unter Aufsicht eines ihrer technischen Aufsichtsbeamten praktische Versuche mit zahlreichen, von verschiedenen Firmen bezogenen Schutzbrillen und Respiratoren anstellen

lassen. Diese Prüfung ergab, daß zwei verschiedene Formen für den vorliegenden Zweck recht brauchbare Konstruktionsformen darstellten, keines der Schutzmittel jedoch die gestellten Bedingungen vollkommen erfüllte. Der Hauptgrund hierfür ist in den eigenartigen Verhältnissen zu suchen, die das Arbeiten in und auf Schiffen, also an stets wechselnden Arbeitsstätten, bedingen. Es muß nämlich hierbei damit gerechnet werden, daß in den meisten Fällen keine Räume zum Aufbewahren der Schutzmittel und keine Gelegenheit für leichtes und bequemes Auswechseln der Reserveenteile, namentlich des Filterstoffes, vorhanden sind. Bei einigen Respiratorformen ergab sich außerdem der Uebelstand, daß die Filterflächen unmittelbar an Nase und Mund anliegen, dadurch mit Speichelabsonderungen und dergleichen in Berührung kommen und so leicht ansteckende Krankheiten vermitteln. Es sind dies die gleichen Bedenken, die gegen die von den Arbeitern gegenwärtig meist benutzten einfachen flachen Schwämme erhoben werden müssen, selbst wenn die gleichen Schwämme immer nur von derselben Person benutzt werden, da bei dem Auswaschen und Anfeuchten der Schwämme in der Regel für alle nur ein einziger Wasserbehälter zur Verfügung steht. Zu diesen in der Eigenart der Bösch- und Ladearbeiten in Hafenstädten liegenden Verhältnissen kommt hinzu, daß die Arbeiter in den engen Schiffsräumen stark schwitzen; diese Unannehmlichkeit wird aber durch das Tragen der Schutzmittel vielfach noch vermehrt, so daß sich der Schweiß, der sich namentlich an den aufliegenden Stellen des Respirators bildet, festsetzt und die Leute arg belästigt.

Die Versuche ergaben, daß sich Filterflächen aus Gaze, Watte und solchen Stoffen nicht recht eignen, dagegen erweisen sich Filter aus Schwamm gegen den Getreidestaub als zweckmäßig. Diese Schwämme haben noch den Vorzug, daß sie sich bequem einlegen und reinigen lassen. Von den geprüften Respiratoren waren folgende Formen die besten: 1. Neuer Leder-Respirator mit Siebanzatz von Gebr. Merz in Frankfurt a. M.-Bodenheim, Preis 2 Mk. 2. Scipps Aluminium-Respirator von F. Seipp in Frankfurt a. M., Preis 4.17 Mk., das Duzend 50 Mk. 3. der Respirator Nr. 2 mit Aluminiumgehäuse, Gummivolster und Schwammeinlage von F. G. Eifel jun. in Griesheim a. M., Preis 5.50 Mk. und der gleichartige, jedoch mit 2 Membranen versehene Respirator Nr. 4 der gleichen Firma, Preis 7.50 Mk. 4. der Lungenschützer aus Gummi mit Schwammeinlage von C. B. König in Altona, Preis 6 Mk. Die unter 1 und 2 genannten Formen besitzen Watteeinlage; es hat sich jedoch als zweckmäßig herausgestellt, sie durch Schwammeinlage zu ersetzen. Der unter 4 bezeichnete Lungenschützer wurde beim Verladen von Knochenmehl benutzt und hat sich hierbei bewährt; nur wurde von den Arbeitern darüber geklagt, daß der Apparat etwas schwer sei.

Von den geprüften Schutzbrillen hat sich nur die Mikado-Kapselbrille von Gebr. Merz in Frankfurt a. M.-Bodenheim als brauchbar erwiesen, Preis 1.25 Mk.; sie schließt dicht ab, läßt genügend Luft zirkulieren, ohne jedoch zuviel Staub durchzulassen, und hat ein weites Gesichtsfeld.

Streifzüge durch die Arbeiterbewegung.

In der letzten Zeit dürfte kaum eine Schrift erschienen sein, die als Einführung in die verschiedensten theoretischen und praktischen Grundfragen der Arbeiterbewegung — Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteipolitikern — so sehr empfohlen werden könnte, wie Paul Kampffmeyers Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.*

* Separatabdruck aus der Metallarbeiterzeitung. Stuttgart 1907. M. Schliche u. Co. 116 Seiten. Preis pro Exemplar 60 Pfg., von 50 Exemplaren ab 55 Pfg., von 100 Exemplaren ab 50 Pfg.

Was das Buch von vornherein einem größeren Leserkreis zugänglich macht, ist die glückliche Gliederung des an sich einheitlichen Stoffes in kleinere, vollkommen für sich selbständige Abschnitte — sie sind zuerst von der Metallarbeiterzeitung als eine Serie von Leitartikeln gebracht worden. Solange dem Arbeiter noch ein größeres Maß von freier Zeit fehlt, wird er umfangreichen Bänden und langausgesponnenen Beweisführungen und Darlegungen immer ziemlich hilflos gegenüberstehen. Wenn also, wie Kampffmeyer mit Recht betont, den Gewerkschaften „die sorgfältige Pflege der nationalökonomischen und sozialistischen Theorie bitter not tut“, so ist das Zweckmäßigste, öftere Unterbrechungen der Lektüre zu ermöglichen, aber dabei doch jedesmal die Einzelaussführungen zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Der Verfasser selber wird durch diese Stoffteilung zu knapper und scharfer Hervorhebung des je einmaligen geistigen Kerns gebrängt und so sind manche der kurzen Kapitel geradezu Muster einer gemeinverständlichen und doch zugleich geist- und geschmackvollen Aufklärungsarbeit — so Abschnitt 4: Vom Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, 5: Kooperation (Zusammenarbeiten) und Ausbeutung, 8: Der ökonomische und politische Expropriationsgedanke, 11: Vom Aufgabenkreis der englischen und deutschen Gewerkschaften, 12: Historisches und Theoretisches zur Wertung der Arbeiterbewegung, 13: Die Verelendung- und Widerspruchstheorie, 14 und 15: Massen- und Demonstrationsstreik, 16: Gewerkschaften und Genossenschaften, 18: Vom Klassenkampf und Klassenbewußtsein.

Zustatten kommt dabei Kampffmeyer, daß er nach einer gründlichen ökonomisch-theoretischen und geschichtlichen Schulung lange Zeit, vor allem als Arbeitersekretär in Frankfurt a. M. und München, den realen ökonomischen Tagesfragen und Tageskämpfen der Arbeiterbewegung — der Versicherungsgesetzgebung und dem Klassenwesen, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Betätigung — sehr nahe stand. Das hat ihn sowohl vor der Verfliegenheit des formalhandhabenden Doktrinärs wie vor der Verjüngung des Nichts-wie-Praktikers bewahrt.

Ueber die Gesamtaufassung Kampffmeyers nur das folgende: Konsequenz hält die Schrift den Grundgedanken fest, daß, wie erfahrungsgemäß bisher schon immer, das ökonomische und politische Vordringen der Arbeiterklasse ein schrittweises sein wird: „Der Sozialismus ist die reife Frucht einer planmäßigen Erweiterung und Vertiefung des gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Charakters des Arbeitsprozesses und einer schrittweisen ökonomischen und politischen Machteroberung des Proletariats.“ Die Gewerkschaften drängen Zug um Zug den Kapitalabsolutismus in der Bestimmung der Arbeitszeiten, der Löhne, der Arbeitsordnungen, in der gewerblichen Rechtssprechung, in der sozialen Gesetzgebung zurück, zum Vorteil des Proletariats. Die Genossenschaften entziehen dem wucherischen Kapitalprofit immer größere Gebiete des Massenkonsums, gleichfalls unter stufenweiser Föhrung der Lebenshaltung und Wertschöpfung der Arbeiterklasse. Die politische Partei schafft die Vorbedingungen für die freie, möglichst ungehemmte Vorwärtsbewegung nach allen Seiten, während sie zugleich in Staat und Gemeinde den Teilerwerbungen einen festen und verallgemeinernden gesellschaftlichen Niederschlag sichert, und indem sie vor allem in der kommunalen Sphäre große gemeinwirtschaftliche Einrichtungen und Betriebe mehr und mehr an die Stelle der rein privatkapitalistischen Unternehmungen setzt. Man kann das ruhig eine schrittweise Expropriation des Kapitals aus seinem überkommenen ökonomischen und politischen Rechten, aus seinem tatsächlichen Machtübergewicht und Machtgebrauch nennen. Weiter nichts wie die, bis zum letzten Abschluß fortgeführten, vollständige Eliminierung dieser kapitalistischen Gegenmacht, das ist das Endziel der Arbeiterbewegung. Aber so wenig bei dieser allmählichen, längst in Angriff genommenen Umgestaltung der herrschenden Wirtschaftsweise schwere kräfteverzehrende Kämpfe bisher ausgeblieben sind und weiter ausbleiben werden, so wenig kann man mit plötzlichen Ueberrollungen durch Generalstreiks und sonstige Kraftproben, mit grundsätzlichen Katastrophen rechnen. Hieraus ergibt sich ganz ungezwungen die Kampffmeyersche Behandlung einerseits von neuerdings vielörterten taktischen und organisatorischen Fragen (Generalstreik, unabhängige und anarchosozialistische Verwerfung des Parlamentarismus, Wert der gewerkschaftlichen Unterstützungszweige), andererseits von mehr theoretischen Problemen (Verelendung oder Aufstieg? Sprengung der heutigen Eigentumsordnung durch die entfaltenen Produktivkräfte?). Alle diese Parteien der Schrift sind in der eindringlichen Klarheit ihrer Be-

Alkoholismus, Verbrechen und Prostitution.*

Nicht nachdrücklich genug kann auf die vielfältigen Beziehungen zwischen Alkoholismus und Verbrechen hingewiesen werden. Mit der Zunahme und Ausbreitung des Alkoholismus findet fast allenthalben eine starke Zunahme der Kriminalität statt, besonders der Raub- und Diebstahlsverbrechen. Noch weit gefährlicher als der Raub, dem erfahrungsgemäß zahlreiche Delikte vorwiegend zur Last fallen, ist der chronische Alkoholismus. Sehr richtig sagt Zilling: „Es gibt kein Lafter, das den Menschen physisch und moralisch so herunterbringt als die Trunksucht. Für mindestens drei Viertel der Zuchthaussträflinge ist sie die erste und letzte Ursache des Verderbens. Es handelt sich dabei nicht nur um Verbrechen, die im halben oder im ganzen Maße begangen sind, viel bedeutender ist die Zahl der Fälle, wo die Trunksucht zur Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse führt, und wo dann das Zuchthaus den natürlichen und meist hier unvermeidlichen Abschluß bildet.“

Wenn auch die Behauptung übertrieben sein dürfte, daß die Momente, die zum Verbrechen führen, durch den chronischen Alkoholismus hervorgerufen werden, so ist doch andererseits die Tatsache, daß diese Momente dadurch genährt werden, nicht zu bestreiten.

Am fühlbarsten machen sich die Folgen des Alkoholismus wieder bei der Arbeiterklasse, die ja immer und immer den Reich des Unglücks bis zur Neige leeren muß. Es ist das Verdienst des Züricher Oberrichters Otto Lang, in Wort und Schrift unter voller Würdigung der sozialen Quellen des Verbrechens, auf den unheilvollen Einfluß des Alkoholismus gerade für die Arbeiterklasse hingewiesen zu haben. Lang betont, daß durch die Massenlage des Arbeiters die Schädlichkeit der Folgen des Alkoholismus erhöht wird, daß sich die giftigen Wirkungen des Alkohols um so bestiger geltend machen, je schlechter der Arbeiter genährt ist, und daß sich dann der Unsicherheit seiner Existenz, der Abhängigkeit vom Arbeitgeber, der Wehrlosigkeit gegenüber der brutalen Polizeigewalt jeder alkoholische Erzeß an ihm doppelt schmer rächt. Der Gelegenheits- und dem Affekt gegenüber ist der Arbeiter viel weniger widerstandsfähig als der Bourgeois.

Unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen der Arbeiter zu leben gezwungen ist, erlangt der Alkoholenuss eine verhängnisvolle Bedeutung, er macht die latente Gefahr, die in diesen Verhältnissen liegt, zu einer akuten, er besiegt den letzten Widerstand, raubt den letzten Rest von Ueberlegung und schließt erst die Kette, welche die Armut mit dem Verbrechen ursächlich verbindet.

Wir wollen den Einfluß des Alkohols auf das Verbrechen durchaus nicht bestreiten; aber andererseits darf man nicht vergessen, daß breite Volkskreise erst infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage, infolge von Not, Kummer, Arbeitslosigkeit, ganz besonders auch infolge ihrer mangelhaften Wohnungsverhältnisse ins Wirtshaus getrieben werden, ganz zu schweigen von den Millionen auf einer tiefen Stufe der Kultur stehender und dank unserer mangelhaften Volksschule planmäßig auf dieser Stufe gehaltenen Menschen, die keinerlei geistige Genüsse kennen und die nicht glücklich sind, wenn sie sich nicht an jedem freien Tage — vielleicht auch noch darüber hinaus — einen Rausch ange-trunken haben. Will man den Kampf gegen den Alkohol mit Erfolg aufnehmen, dann kläre man das Volk auf, dann suche man seine Lage zu heben. Geht das Proletariat aus dem Befreiungskampf, den wir es heute allenthalben führen sehen, als Sieger hervor, dann wird auch der Alkoholismus, seine Begleiterscheinungen und seine Folgen verschwinden. Lehrt doch die Erfahrung, daß gerade da, wo wir starke politische und gewerkschaftliche Organisationen haben, der Alkoholismus rapide abnimmt, während umgekehrt in Gegenden, in die die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie noch nicht gedrungen ist, der Alkoholismus am verbreitetsten ist. Die Kulturarbeit, die das Proletariat verrichtet, wird auch auf diesem Gebiete gute Früchte zeitigen.

Wie das Verbrechen, so ist auch die Prostitution aus engster Verbindung mit dem Alkoholismus verknüpft. Mag es auch vielleicht nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, daß der Alkohol ein Hauptträger der Prostitution ist und daß ohne ihn die Prostitution, wenigstens in ihrer rohesten Form, nicht möglich wäre, daß sie jedenfalls anständiger, reinlicher und freier wäre; mag es auch mit den Erfahrungen nicht völlig übereinstimmen, daß die meisten Mädchen durch Trunkseligkeit verführt und durch chronischen Alkoholismus in ihrer Erniedrigung erhalten werden, das eine jedenfalls steht fest, daß die Prostituierten fast ausnahmslos dem Trunke verfallen sind. Wir begegnen hier derselben Wechselwirkung wie zwischen Verbrechen und Alkoholismus. Teils ist der Alkoholenuss die Folge, teils aber auch die Ursache der Prostitution.

Aber damit ist die Schilderung der Folgen des übermäßigen Alkoholenusses noch nicht erschöpft. Nicht nur, daß er die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit herabsetzt, daß er den Menschen in schlechte Gesellschaft führt und ihn jeder Versuchung gegenüber haltlos macht, daß er die Stimme des Gewissens in ihm erstickt und ihn von Stufe zu Stufe abwärts bis zum Verbrechen treibt, vergrößert sich mit der Vererbung des Alkoholismus gewöhnlich das Uebel, und die Wege zum Verbrechen ebnen sich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Charaktereigenschaften der Trinker aufs neue in ihren Kindern zeigen, die auf diese Weise gewissermaßen „vom ersten vererbten Tage ihrer Geburt an zum Verbrechen verurteilt sind.“ Ja, sogar eine Reihe schwerer Geisteskrankheiten können die Trinker auf ihre Nachkommen übertragen.

Zu den gesundheitlichen Gefahren des Alkoholismus, zu seinem verderblichen Einfluß auf die geistige Entwicklung der Kinder kommen noch die sittlichen Gefahren, denen die Kinder ausgesetzt sind, deren Eltern sich dem Alkoholenuss ergeben haben. „In Schmutz und Elend verkommen, abgehärtet gegen das häßliche Schauspiel der Trunkenheit, gewöhnt an dem brutalen Egoismus des Vaters, an widerlichen Streitigkeiten und rohe Gewalttätigkeit, — was soll in einem solchen Kinde die Bildung sittlicher Vorstellungen ermöglichen? Die Gasse mit allen ihren Gefahren wird die zweite Heimat. Ein besonders günstiges Geschick ist es dann noch, wenn das Kind nicht schon selbst in frühesten Jugend die Bekanntschaft mit dem Alkohol macht. Früh schwindet auch die Scheu vor dem Gefängnis. Die meisten Trinker geraten von Zeit zu Zeit mit den Gesetzen in Konflikt; so verliert das Kind, das den Vater öfters im Gefängnis weiß, bald die Angst vor dem Strafrichter.“ (Schaffenburg.)

Ist es unter solchen Umständen nicht geradezu ein Hohn auf unsre so viel gepriesene Zivilisation, wenn den offiziellen Berichten der Vertreter der Medizinalabteilung des preussischen Kultusministeriums zufolge in den Regierungsbezirken des Ostens der Branntweinkonsum ein sehr bedeutender ist, sowohl bei den Männern, vorwiegend den polnischen Arbeitern, als auch bei den Frauen, die den Branntwein in Form von süßen Schnäpsen trinken und davon häufig auch zur Verhütung der Kinder Gebrauch machen! Und trotz alledem trägt der Staat kein Bedenken, in immer größerem Umfange die notwendigsten Nahrungsmittel des armen Mannes zu besteuern und ihn indirekt dazu zu verleiten, daß er als Ersatz für die mangelhafte Ernährung zum Schnaps greift!

* Nach Paul Hirsch: Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Zweite völlig umgeänderte und vermehrte Auflage. Berlin 1907. Buchhandlung Vorwärts. Preis 2 Mark, gebunden 2.50 Mark.

weisführung und in der Lebendigkeit ihrer Sprechweise vor-
treffliche Beiträge zur geistigen Fortentwicklung der Arbeiter-
bewegung. Ein paar Sätze seien zur Kennzeichnung des Gesamt-
standpunkts hervorgehoben:

„Die in der organisierten Arbeiterschaft sich kraftvoll regende
Gegenbewegung, leitet die Verelendungstendenz des Kapitalis-
mus von ihrer Richtlinie ab. . . . Nicht der verelendete
Proletariat erzeugt somit aus sich heraus den Zusammenbruch
des Kapitalismus, sondern der erstarrte, gegen die Verelend-
ungstendenz sieghaft vordringende Proletariat.“

In der sozialistischen Theorie hat man vielfach dem Kapita-
lismus einen unveränderlichen Charakter beigelegt. Er ent-
wickelt sich nach der Richtung seiner Auflösung völlig ungehin-
dert fort. . . . Ansichten wie die der Rosa Luxemburg beruhen
auf der durchaus nicht begründeten Annahme einer vollkommen
unbeeinträchtigten Fortentwicklung des Kapitalismus zu seinem
Zusammenbruch, zu seiner Selbstausslösung hin. Rosa Luxemburg
schaltet aus der Entwicklung des Kapitalismus völlig die
regelnde, ordnende Tendenz menschlicher ökonomischer und poli-
tischer Machtverbände aus. Sie läßt den Kapitalismus an sich
selbst zugrunde gehen. Sie sieht ferner die kapitalistische Wirt-
schaftsform in einem gewissen Zustande der Versteinerung. Diese
Wirtschaftsform ist aber von einer erstaunlichen Biegsamkeit. . . .
Inmitten der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst bilden sich
neue Formen des Staats, des Gemeinde- und des Genossen-
schaftseigentums aus. Die steigende Macht des sich zu politischen
Verbänden, zu Gewerkschaften und Genossenschaften zusamme-
schließenden Proletariats drängt den rein ökonomischen Prozeß
der Auflösung des Kapitalismus in Bahnen hinein, die von der
vorausgesetzten natürlichen Entwicklungslinie des Kapitalis-
mus wesentlich abweichen.

Die steigende, die politische Macht erwerbende Gewalt des
Proletariats hat zur notwendigen Voraussetzung die Ansammlung
sehr wirksamer Potenzen im Schoße des Proletariats. Und
es ist eigentlich nicht recht erklärbar, wie diese sich häufenden
Energien auf proletarischer Seite nicht gestaltend und um-
formend auf das Wesen des kapitalistischen Staats- und Wirt-
schaftssystems einwirken sollen. Naturgemäß zeitigen die pro-
letarisch-sozialistischen Bestrebungen nicht nur brutale Unter-
drückungsmaßnahmen des machtholenden Staates, sondern auch wich-
tige Zustandsänderungen von seiner Seite. . . . Die geschichtliche
Entwicklung läßt sich in ihrer Vielseitigkeit nicht in die enge
Formel einer sozialen Katastrophentheorie hineinzwingen. Jede
aufgespeicherte Kraft entfaltet sich und greift umgestaltend auf
ihre ganze Umgebung ein, und deshalb müssen auch die großen
Kraftzentren der wirtschaftlichen und politischen Arbeitermassen-
bewegung das Wesen des herrschenden Wirtschafts- und Staats-
systems recht nachhaltig berühren. . . . Die Eroberung der
ökonomischen und politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist
die reife Frucht einer schrittweisen Erweiterung der kraftvollen
ökonomischen und politischen Organisationen des Proletariats,
die aber nie das Produkt einer plötzlichen Generalstreiküber-
umpelung der Kapitalisten.“

Wenn wir hinzufügen, daß selbst solche Sonderfragen wie:
der Einfluß unserer öffentlich-rechtlichen Arbeiterversicherung auf
die Eigenart der deutschen Gewerkschaftsentwicklung, ferner: die
Wirksamkeit der Gewerkschaftskartelle ihre sachkundige und an-
ziehende Darstellung finden, und daß die ersten Kapitel eine
Art Einführung in die Nationalökonomie bieten — so hoffen
wir, damit zu recht fleißiger Lektüre des kleinen Wertes an-
zuregen.

Die Metallarbeiterzeitung hat sich ein unbestreitbares Ver-
dienst durch diese Veröffentlichung erworben, die nicht nur ihrem
Verfasser, sondern auch der Gewerkschaftspresse, in der sie zuerst
erscheinen konnte, alle Ehre macht.

Korrespondenzen

Braunschweig. Am 20. Oktober tagte im Gewerkschaftshaus
eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Gauleiter Bie wig
referierte über: Lohn- und Normaltarife. In seinen lehrreichen
Ausführungen unterschied er den Lohnsatz von dem Normal-
tarif. Redner hält den Lohnsatz als weitgehendsten, indem er
anführt, daß das Affordwesen nach seiner Auffassung bei den
Steinarbeitern durchaus abgeschafft werden müsse. Er führte
u. a. aus, daß der Buchdruckerverband einen Tarif zustande ge-
bracht habe, welcher auf mehrere Jahre Gültigkeit hat. Sein
lehrreiches Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.
Aus der Diskussion hierüber ergab sich, daß auch wir nächstes
Frühjahr eine regelrechte Lohnerböschung beantragen wollen. Am
Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende Hodel die
Kollegen, die nächsten Versammlungen ebenso zahlreich zu be-
suchen wie die heutige.

Frankfurt a. M. Unsere am 22. Oktober stattgefundene
Monatsversammlung war mäßig besucht. Bei Punkt Geschäfts-
liches bedauerte der Vorsitzende sehr, daß es viele Kollegen nicht
für nötig finden, die Versammlung zu besuchen. Gerade in
der Krise, in der wir uns gegenwärtig befinden, müßten die
Kollegen sich erst recht zusammenschließen und zeigen, daß sie auch
bei schlechtem Geschäftsgang treu und fest zum Verband halten.
Alsdann gab der Kassierer den Kassenbericht. In der Lokal-
kasse haben wir jetzt 864,03 Mark. Ferner wurde die Mit-
gliederliste verlesen und haben wir gegenwärtig noch 154
zahlende Kollegen. Allerdings sind einige mit ihren Marken
sehr im Rückstand, und werden dieselben hiermit gemahnt, in
Zukunft ihre Beiträge besser zu bezahlen. Nachdem der Vor-
sitzende noch die Kollegen ersucht, die nächste Versammlung besser
zu besuchen, da ein Vortrag gehalten wird, wurde die Ver-
sammlung um ¼ 9 Uhr geschlossen.

Salslich. Am 20. Oktober fand im Nieder-Gasthof Bisch-
heim eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche
erfreulicherweise sehr gut besucht war. Gauleiter Jahn re-
ferierte über das Thema: Die Lage der Steinarbeiter in der
sächsischen Lausitz. Er betonte, daß nur eine gute Organisation
imstande sei, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Weiter ver-
wies er auf den Rückgang der Zahlstelle im Jahre 1903. Man
hätte geglaubt, daß sämtliche Anwesende auf einmal in den
Verband eingetreten wären. Doch weit gefehlt, die Kollegen
sind hier noch zu wenig aufgeklärt, und überdies ist die Furcht
vor den Unternehmern noch eine sehr große. Für Drucker wer-
den Stundenlöhne bezahlt, die einfach aller Beschreibung
spotten. Auch die Frauenarbeit ist hier noch sehr stark ver-
treten. Wir erwarten demnach einen Fortschritt unserer Zahl-
stelle für die Zukunft.

Königs-Lutter. Der Streik der Steinarbeiter dauert bereits
fünf Wochen und noch immer verweigern die Unternehmer jede
Unterhandlung mit den Worten: Wir lassen den Betrieb liegen.
Als aber in einer hiesigen Zuderfabrik Betriebsstörungen vor-
kamen, waren die Unternehmer flugs bei der Hand und forder-
ten ungefähr 30 bayrische daselbst beschäftigte Arbeiter auf, Ar-
beit in den Steinarbeiter zu nehmen, außerdem ließen die
Unternehmer sofort neues Werkzeug anfertigen, welches
sich bis dahin die Arbeiter selbst halten mußten. Da hatten sich
die Unternehmer aber geschritten, denn die bayrischen Arbeiter
sind zum Teil organisiert und erklärten den Unternehmern, den
Steinarbeitern nicht in den Rücken zu fallen. Sie erschienen stattdem
im Steinbruch in der Versammlung der Streikenden. Arbeits-
willige arbeiten nur drei Mann im Betriebe des Karl Freitag,
die beiden andern Betriebe ruhen vollständig. Die streikenden
Kollegen beschlossen, zur Vermittlung zwischen Unternehmern
und Arbeitern die hiesige Ortsbehörde anzurufen und derselben
die Lohnbücher der Streikenden zuzustellen, damit sich die Be-

hörde von den Lohnverhältnissen der Steinarbeiter überzeugen
kann. Es haben mehrere Kollegen in Betrieben Arbeit gefun-
den, welche von den Unternehmern für die Streikenden ge-
sperrt waren. Wir sind überzeugt, daß die streikenden Arbeiter
sich der Sympathie des Publikums erfreuen. Große Befriedi-
gung hat es hervorgerufen, daß die bayrischen Arbeiter nicht zu
Streikbrechern wurden. Die Arbeiter sind hier hundertmal be-
nämftiger als die Unternehmer. Haben denn die letzteren kein
Schamgefühl mehr, wenn sie auf diese Weise die Ortsansässigen
unterdrücken wollen. Zuerst sollen die Betriebe eingestellt wer-
den, aber dann will man Arbeitswillige anwerben. Wir rufen
den Meistern zu: Es lebe die Wahrheit — — —

Kupferdreh (Westfalen). In einer am 20. Oktober in
Niederbonfeld stattgefundenen Versammlung referierte Gau-
leiter Kollege Herrmann-Köln. Ebenso war Genosse Schulte-
Köln als italienischer Referent erschienen. Als erster Redner
sprach G. Schulte. Seine Ausführungen fanden bei den italia-
nischen Kollegen viel Beifall. Als zweiter Redner sprach Gau-
leiter Herrmann über die Aufgaben und Ziele des deutschen
Steinarbeiterverbandes. In klarer und eindringlicher Weise
legte er den Kollegen dar, wie notwendig es ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um dadurch die Lohn- und Arbeits-
verhältnisse erträglicher zu gestalten. Des weiteren erklärte er
den Kollegen einzelne Abschnitte des Statuts und legte die Vor-
teile klar, die der Verband den organisierten Kollegen bringt.
Wohl wisse er, daß die Agitation in der hiesigen Gegend schwie-
rig sei, weil fremdsprachige Kollegen in Betracht kommen, aber
trotzdem fordere er alle Kollegen auf, rastlos unter den Kol-
legen zu agitieren für den Ausbau der Zahlstelle. Da bei
einer früheren Agitationstour schon 15 Kollegen dem Ver-
band beigetreten waren und weitere 5 sofort ihren Eintritt voll-
zogen und den Beitrag bezahlten, so wurde beschlossen, eine
Zahlstelle zu gründen. Im Schlußwort ermahnte der Gau-
leiter die Kollegen, auch die nächste Versammlung zahlreich zu
besuchen, in der er über den Verband und seine Einrichtungen
referieren werde. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß eine An-
zahl Kollegen von Essen sich an den Vorarbeiten zur Gründung
der Zahlstelle und Versammlung in dankenswerter Weise be-
teiligten.

Regenborn. Am 19. Oktober fand im Lokale des Herrn
Gartmann eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die
gut besucht war. Der Gauleiter, Kollege Biemig, hielt einen
wirkungsvollen Vortrag. Er schilderte die Ungerechtigkeit der
Unternehmer, wie schamlos die Arbeiter behandelt werden, und
daß alle die Schätze der Erde und die großartigen Reichtümer und
Paläste von den Arbeitern geschaffen werden, und daß wir als
Arbeiter nicht den geringsten Anteil daran haben, sondern nur
mit eiskalten Hungergeldern abgespeist werden. Die Abrech-
nung vom 3. Quartal wurde bekannt gegeben. Wir hatten eine
Einnahme von 448,97 Mark und eine Ausgabe von 358,22
Mark, also Kassenbestand 90,75 Mark. Unsere Zahlstelle zählt
79 Mitglieder. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für
richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Im Punkt
Verschiedenes wurde dann noch beschlossen, daß wir uns dem
neugegründeten Gewerkschaftskartell anschließen. Der Sitz des
Kartells ist in Stabtdendorf, wo allmonatlich eine Sitzung
stattfindet. Zu bemerken ist noch, daß Kollege Biemig am Nach-
mittag vor der Versammlung uns in den Steinbrüchen besuchte.
Wie er die Mißstände sah, mußte er selbst sagen, daß er so
etwas noch nie gesehen hätte. Von den Bundesratsbestimmun-
gen ist überhaupt keine Rede. Die Ekkiden sind nicht besser
wie Schweinefälle. In den Arbeitsbüden bricht man vor lauter
Schutt und Abfall beinahe Hals und Weine. Hoffentlich läßt
sich hier der Gewerbeinspektor bald sehen. Kollegen, haltet
sich zusammen und agitiert für unsere Sache, damit alle Kollegen,
die uns noch fernsehen, zu uns kommen; dann wird es nicht
lange dauern, und die Mißstände sind geändert. Der Anfang
ist gemacht, wir sind stolz, daß die Zahlstelle schon so stark
gewachsen ist.

Rappenheim. Vergangenen Sonnabend tagte hier eine
Steinarbeiterversammlung. Kollege Boehm legte den Er-
scheinenden klar, wie notwendig eine gewerkschaftliche Organi-
sation ist. Eingehend behandelte er den Unterschied zwischen den
klerikalen Organisationen, denen es mehr darum zu tun ist,
im Interesse des Unternehmertums die Arbeiterbewegung zu
zerfplittern, und denjenigen, die nur wirtschaftliche Ziele ver-
folgen, den modernen Gewerkschaften. Mit Zitaten aus der
Gewerkschaftsgeschichte des letzten Jahres bekräftigte der Redner
seine Behauptungen. Hieb auf Hieb folgte unter dem Beifall
der Versammlung. Besonders erörterte Kollege Boehm die Ver-
hältnisse im Lithographiesteingebiet und das Verhalten der
Christlichen während der Lohnbewegung im fraglichen Revier.
Mit heftiger Satire zerplückte er die letzten Anrempelungen
der frommen Gegner. Einige noch nicht lange das Licht der
Öffentlichkeit erblickte Vorfälle vom gegnerischen Lager strei-
fend, kam der Redner, auf die letzte Schmutznote des Neuen
Münchener Tageblatts und der Gewerkschaftsstimme, welche sich
mit der Gründung der Zahlstelle in Langenalthelm befaßte, zu
sprechen. Der bößwärtige Artikel entspricht ganz dem Cha-
rakter genannter Blätter und ihrer Hintermänner. Daß dabei
ein wenig mit Zahlen geschwindelet und Arbeiter, die sich nicht
mehr länger von den frommen Volksbeglückern an der Nase
führen lassen, mit Schmutz besorfen werden, ist begreiflich.
Es würde ja sonst nicht „christlich“ sein. Bezeichnend ist der
Schlußpassus für den ganzen Quack: „Ansin, du siegst.“ Mit
einem feurigen Appell, in den Steinarbeiterverband einzutreten,
und auszuhalten im Kampf, bis es endlich Licht wird im Litho-
graphiesteingebiet, schloß der Redner unter stürmischem Beifall.
Eine stattliche Anzahl Neuaufnahmen konnte gemacht und die
Gründung einer Zahlstelle vorgenommen werden. Die am
Sonntag vorgenommene Wahl ergab folgendes Resultat: Simon
Unger, Vorsitzender, Hans Herzner, Kassierer, Heinrich Hertlein,
Beisitzer, Mich. Lang und Joh. Bär Revisoren. Mit frischem,
freiem Kampfesmut trennten sich die Kollegen. Alle Schwinde-
notizen und faulen Weize der Gewerkschaftsstimme werden
nichts mehr nützen, unsere Sache einzudämmen und die Pro-
leten des Lithographiesteingebiets einzulullen; sie überzeugen sich
immer mehr, daß es den christlichen Herrn mehr um die Gunst
der Unternehmer als um das Wohl der Arbeiter zu tun ist.

Rohrbach. Zu spät sind in unster sonst so schwarzen Gegend
die christlichen Gewerkschaftsführer aufgetreten. Nachdem sich
hier der freie Verband einen festen Stützpunkt geschaffen hat,
wollen die Schwarzen ihr Zerfplitterungswerk beginnen. Die
hiesigen Steinarbeiter sind vernünftig genug, sich von diesen
blöden Theorien nicht einfangen zu lassen. Herr Sommer
aus Nürnberg ließ hier sein beisehendes Lichtlein leuchten. Als
wir ihn reden hörten, fragten wir uns, für wen redet denn
dieser Herr? Auf die freien Gewerkschaften wurde natürlich
weidlich geschimpft, auch die Sozialdemokratie vernichtete der
gute Mann mit Stumpf und Stiel. Wir wußten uns, daß
Herr Sommer noch nicht mit einem Zentrumsmandat beglückt
ist. Genügend Verdienste, um in irgendeinem „finsternen“
Wahlkreise als Abgeordneter zu fungieren, hat er sich schon
sicherlich erworben. Auch verkündete Herr Sommer, die deut-
schen Gewerkschaften hätten russische Revolutionäre finanziell
unterstützt; in seiner Eile aber vergaß er, hinzuzufügen, daß
man in Rom sehr gern den Peterspennig aus Deutschland
einheimst. Anscheinend war der Herr Referent recht unzu-
frieden, nachdem er sein Sprüchlein der Versammlung kund
und zu wissen getan hatte. Ja, Herr Sommer, für ihre Lehren
und ihre Gewerkschaftsrichtung bedanken sich die hiesigen Stein-
arbeiter. Der Vorsitzende sagte mit Recht, wenn „unser Ver-
band“ sich keine Anerkennung erzwungen hat, wenn die Ar-
beitsverhältnisse gebessert wurden, dann kommen auch die paar

Christlichen und bitten gleich einem Wandersmann um ein
kleines Zehrgeld. Der Erfolg des Sommerchen Referats war
so groß, daß keine einzige Neuaufnahme gemacht werden konnte.
Wir danken zu diesem Reinfall. Die hiesigen Steinarbeiter
werden alles tun, daß das Banner des sogenannten „roten“
Verbandes auch in Zukunft lustig flattert.

Striegau. Die am 23. Oktober gut besuchte Steinarbeiter-
versammlung ehrte zunächst das Andenken mehrerer verstorbener
Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Aus der erforderlich
gewordenen Neuwahl eines Schriftführers ging Kollege G. Mösig
hervor. Nach dem hierauf gegebenen Kassenbericht vom ver-
flossenen Quartal betrug die Einnahme insgesamt 12 585,12 Mk.,
die Gesamtausgabe 7453,99 Mk., mithin bleibt ein Bestand von
5131,19 Mk. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für
richtig erklärt. Kollege Kieger gab den Kartellbericht, aus dem
er hervorhob, daß das Kartell in nächster Zeit die zwangsweise
Einsetzung eines Gewerbegerichts für den hiesigen Ort beantragen
werde; nur soll das nötige Material zur Begründung gesam-
melt werden. Die Kollegen wurden aufgefordert, alle Differen-
zen, die sich zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern aus dem
Arbeitsverhältnis entspinnen, sofort den Platzkassierern oder der
Ortsverwaltung mitzuteilen. Hierauf protestierten die Ver-
sammlenden entschieden gegen die Behauptungen des früheren
Steinbruchbesizers Herrn Sebastian, die er in einer Stadtver-
ordnetenversammlung aufgestellt hatte. Er hatte ausgeführt, daß die
Vorteile der Volksküche nur den Bedürftigen und nicht den
Steinarbeitern mit ihrem schönen Verdienst zugute kommen
sollen. Man solle Leute, die 40—50 Mk. die Woche verdienen,
die Speisen nicht zum Selbstkostenpreis abgeben. In der Dis-
kussion hierüber erklärten Kollegen, welche 12 Jahre bei Herrn
Sebastian gearbeitet haben, niemals diesen Lohn
verdient zu haben. Folgende Resolution wurde einstimmig
angenommen: „Die am 23. Oktober in der Bierquelle
zu Gräben äußerst gut besuchte Steinarbeiterversammlung pro-
testiert gegen die Auslassungen des früheren Steinbruchbesizers
Herrn Sebastian, die er in der am 4. Oktober stattgefundenen
Stadtverordnetenversammlung gegen die Steinarbeiter erhob. Wir
erklären, daß wir auf „jegliche“ Wohlfahrtsanstalten seitens
der bürgerlichen Gesellschaft oder irgendwelcher privater Institute
verzichten. Wir wissen, daß alle diese Mittel nicht im entfernten
ausreichen, das Elend und die Not der großen Masse des
Volkes zu beseitigen. Wir „forhern“ dagegen vom Staate den
Ausbau der Sozialgesetzgebung, eine vernünftige volkswirtschaft-
liche Politik, die nicht die notwendigsten Volksnahrungsmittel
verteuert. Weiter sind wir bestrebt, mittels unserer gewerkschaft-
lichen Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ver-
bessern. Gegen die unwahren Behauptungen des Herrn
Sebastian, daß der Steinarbeiter 40—50 Mk. pro Woche verdiene,
führen wir als Gegenbeweis das Jahresdurchschnittseinkommen
der Handelskammer Schweidnitz an, welches nach diesen
Feststellungen nur 883 Mk. beträgt. Wir sind
weiter der Auffassung, daß das Tagtegel jedes anständigen
Menschen ihm geböte, eine Gruppe von Arbeitern an einem Orte
nicht zu beleidigen, wo es ihnen an der Möglichkeit fehlt, sich
verteidigen zu können. Wir bezeichnen eine derartige Han-
dlungsweise als nicht besonders mutig.“ Ein Antrag, Kollegen,
welche vom Gewerbeverein zu uns übertreten und ihrer Beitrags-
pflicht daselbst nachgekommen sind, volle Rechte zur lokalen
Krankenkasse einzuräumen, wurde angenommen. Nachdem die
Kollegen noch aufgefordert wurden, immer recht zahlreich und
pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen, fand die Ver-
sammlung ihr Ende.

Untergiemern. Am 13. Oktober tagte im Gasthaus zum
Adler unsere zweite Mitgliederversammlung, es waren 43 Kol-
legen anwesend. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war,
gingen wir zur Wahl eines zweiten Vorstands und Schrift-
führers über. Dem Kollegen Zimmermann wurden beide Posten
übertragen. Weiter wurde beschlossen, alle 14 Tage eine Ver-
sammlung abzuhalten. Die Zahlstelle macht sehr gute Fort-
schritte. Erfreulich ist es, daß die Kollegen untereinander sehr
einig sind. Und so muß es auch in der Zukunft bleiben. Für
den Steinarbeiterverband herrscht bei uns eine große Begeiste-
rung, wir erkennen jetzt, daß auch wir uns dem erfolgreichen
Vorgehen der übrigen Steinarbeiter anschließen müssen.

Weinsberg. Man schreibt uns: Nach Versammlungs-
beschlusses vom 21. Oktober habe ich den Auftrag, über unsere
örtlichen Verhältnisse bei H. Würer an die Redaktion folgende
Mitteilungen gelangen zu lassen: Es haben 6 Verbandsmitglie-
der Feierabend erhalten, und die andern Kollegen, bis auf zwei
von 18 Organisierten, müssen aussetzen, bis wieder Arbeit vor-
handen wäre. Was die Arbeit anbetrifft, so hat Herr Würer
ausgesprochen, Arbeit habe er genug, bloß wolle er mit Organi-
sierten nicht arbeiten. Also nur die Organisation hat es ihm
angetan. Herr Würer hat in Düsseldorf einen Kirchenbau
übernommen; im Winter sollten die Werkstücke fertiggestellt
werden. Nun soll es anders werden, die Arbeiten sind nicht
mehr eilig. Ob mit solchen Mitteln unsere Zahlstelle ver-
stärkt werden kann, glauben wir nicht. Vorläufig ist der
Platz Würer gesperrt.

Bregan. Am 18. Oktober tagte hier eine öffentliche Stein-
arbeiterversammlung. Zu derselben war Kollege Gauleiter
Bie wig aus Hannover erschienen. Sein Vortrag über die
privatkapitalistische Wirtschaftsweise wurde mit großem Bei-
fall aufgenommen. Schade bloß, daß nur so wenig Kollegen es
der Mühe wert hielten, zu erscheinen. Eigentlich sollte man
meinen, daß so einer schönen gerechten Sache mehr Interesse
zugewandt werden müßte, da hier doch das wilde Affordsystem
herrscht. Die Kollegen haben doch schon zur Genüge hier fühlen
müssen, daß ohne Einigkeit nichts auszurichten ist. Ihr Ehr-
gefühl müße ihnen schon sagen, daß sie sich unserm Verband
anschließen und danach mitarbeiten helfen, hier der Zeit und
Lebenslage entsprechend, bessere, geregelte Lohnverhältnisse zu
schaffen. Sind hier doch Betriebe, wo zum Beispiel für gotische
Fenster-Markwerke, für reichhaltige Kapitale höchstens 10 bis
15 Mark bezahlt werden, während es anderwärts dafür 30 bis
40 Mark gibt. Daß bei solchen Löhnen keine Rede davon sein
kann, als Mensch zu leben, wird jeder wohl einsehen können.
Es gibt hier aber noch genug Kollegen, die glauben, wenn sie
nicht hemmend uns entgegenarbeiten, könnten die Herren Meister
hier nicht bestehen. Darum Kollegen, die Ihr uns noch fern-
steht, schließt Euch uns an, helft mit arbeiten an der gerechten
Sache, es wird und muß uns gelingen, das wilde Affordsystem
hier abzuschaffen. Nur durch gemeinsames Handeln werden
wir vordrängen können.

Literarisches.

Eingegangene Schriften. Im bekannten technischen Verlag
von Karl Scholke, Leipzig, sind soeben zwei Bände er-
schienen: Aufgaben für die Reifeprüfung an Bau-
gewerkschulen und ähnlichen technischen Lehr-
anstalten. Die Bücher sind vom Architekten und Bau-
gewerkschuldirektor H. Dieferner in überaus übersicht-
licher Weise zusammengestellt. Derjenige, der selbst ein Schluß-
examen an einer Bauhau zu bestehen hatte, wird anerkennen
müssen, daß die von Dieferner zusammengestellten Aufgaben als
äußerst brauchbar bezeichnet werden müssen. Band 1 enthält
neben dem umfangreichen Text 149 Abbildungen, in Band 2 sind
deren 49 untergebracht. Wir können diese Neuerscheinung allen
Interessierten wärmstens zur Anschaffung empfehlen. Nebenbei
sei bemerkt, daß der Druck und das Papier allen Anforderungen
entspricht.